Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

48 (6.7.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

48. Sitzung.

Dienstag, den 6. Juli 1926, nachmittags 1/2 4 Uhr.

Tagesordnung:

Mitteilung der Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Besprechung der Förmlichen Anfrage der Abg. D. Mayer-Karlsruhe u. Gen., Badenwerk (Drucks. Nr. 124).

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. **Köhler**, Ministerialdirektor **Sammet**, Präsident Dr. **Paul**, Oberbaurat Dr. **Helmle**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß des Berichts Sp. 2431/32.

Präsident Dr. **Baumgartner**

eröffnet die Sitzung nach 3½ Uhr und gibt folgende

Verhinderungsanzeigen

bekannt seitens der Abg. Bock, Gündert, Habermehl, Maier-Heidelberg, Martin, Abg. Frau Rigel und Abg. Dr. Schofer wegen Erkrankung.

Hierauf wird in die

Tagesordnung

eingetreten.

Fortsetzung der Tagesordnung der 47. Sitzung, Besprechung der Förmlichen Anfrage der Abg. D. Mayer-Karlsruhe und Gen., das Badenwerk betr. (Drucks. Nr. 124).

In der Besprechung erhalten weiterhin das Wort

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Wenn wir zu dieser Frage Stellung nehmen, so nicht zu dem Zwecke, den die Bürgerliche Vereinigung mit ihrer Förmlichen Anfrage dabei erreichen will, sondern wir haben in der Frage der Staatsbetriebe eine grundsätzlich andere Auffassung, wie die Deutschnationalen und bürgerliche Partei überhaupt. Es ist bekannt von jeher, daß die Vertreter der kapitalistischen Klasse in den Parlamenten, nicht nur allein hier im Landtag, sondern in jedem einzelnen Parlament des Reiches, auch im Reichstag, beständig den Kampf führen für die Beseitigung der staatlichen Einrichtungen, der Betriebe, die der Staat in der Hand hat. Sie sind grundsätzliche Gegner des Staatsmonopols, sie sind aber Befürworter, daß die Monopole geschaffen werden, aber in den Händen der Privatkapitalisten sein müssen. Aus diesem Grunde scheint uns, ist auch die Förmliche Anfrage der Bürgerlichen Partei eingebracht worden.

Die Förmliche Anfrage an sich besagt eigentlich mehr und hat mehr besagt, als wie die Begründung derjenigen, die diese Förmliche Anfrage gestellt haben. Die Begründung war nach unserer Auffassung sehr inhaltslos. Allgemein war man der Auffassung auch bei uns, daß, wenn von der Bürgerlichen Vereinigung hier von unfairen Dingen gesprochen wird, die dort im Badenwerk vorgekommen sind, darunter zu verstehen sind, Schiebungen, Unregelmäßigkeiten und verschiedene andere Dinge, aber in der Begründung kamen eben solche Fälle durch den Begründer nicht zum Ausdruck. Vielleicht wird die Bürgerliche Vereinigung zum Schlusse etwas deutlicher in den verschiedensten Fragen, die nach unserer Auffassung auch der Bürgerlichen Vereinigung sehr wohl bekannt sind. Ich könnte eigentlich sagen, wenn man absieht von dem Zwecke, den die Bürgerliche Vereinigung verfolgte mit ihrer Förmlichen Anfrage, so hat man heute früh viel Lärm um nichts gemacht.

Die Auffassung, die zu gleicher Zeit von der Deutschen Volkspartei hier zum Ausdruck gekommen ist, ist dieselbe, wie die der Bürgerlichen Vereinigung. Auch sie ist gegen jede staatsmonopolistische Wirtschaft, sie vertritt im Reichstage in allererster Linie die Beseitigung dieser Betriebe, die in der Hand des Staates sind. Es ist deswegen ganz verständlich, wenn der Herr Abg. Obkircher heute früh den Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat, daß sie sich wehren gegen den Bau des Schluchseewerkes. Der Herr Abg. Obkircher hat verschiedene Dinge dabei aufgezeigt, wie schädlich die Errichtung des Schluchseewerkes sein könnte, besonders für die umliegende Industrie, wenn der Bau durchgeführt würde. Wir haben diese Auffassung nicht. Wohl könnte es möglich sein, daß im

Bibl.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Ritter** [Komm. P.])

Anfang das eine oder andere — private Unternehmen! — durch diese Arbeiten in Mitleidenschaft gezogen werden würde, weil ein Lahmlegen oder Abziehen verschiedener Wasserstraßen usw. eintreten könnte; sobald man aber all die zu Gebote stehenden technischen Errungenschaften und Neuerungen und alle technischen Hilfsmittel heranzieht, so können diese unliebsamen Erscheinungen, wenn sie auftreten, sehr rasch beseitigt werden — sehr rasch! Jedenfalls hat dann nachträglich im großen und ganzen die Allgemeinheit von der Errichtung eines solchen Werkes einen großen Nutzen; wir glauben sogar, daß von diesem staatlichen Betriebe die private Wirtschaft einen sehr großen, einen nur allzugroßen Nutzen haben werde.

Darum wird auch dadurch nichts geändert, wenn der Herr Abg. Obkircher erklärt, daß man sich gegen die Errichtung eines solchen Werkes wehren müsse, weil dadurch die Naturschönheiten erheblich beeinträchtigt werden. In demselben Atemzuge hat aber der Herr Abg. Obkircher ausgesprochen, daß auch er für die Errichtung eines solchen Werkes ist, „wenn wirtschaftliche Notwendigkeiten, wirtschaftliche Interessen" vorliegen. Wenn man das aus der Sprache der Volkspartei oder aus der Ausdrucksweise, wie sie bei ihren Vertretern üblich ist, ins Deutsche übersetzt, so bedeutet das: Sobald die Privatindustrie von der Errichtung eines solchen Werkes einen größtmöglichen Nutzen hat, ist selbstverständlich auch die Deutsche Volkspartei für seine Errichtung. Denn dann, wenn dieser Nutzen eintritt, kommt der Herr Abg. Obkircher darüber hinweg, ob die jetzige Gestaltung der Landschaft, die eine Naturschönheit darstellt, beibehalten werden kann, oder ob See und Gegend eine andere Form bekommen. Ob der See künftig um drei oder vier Quadratkilometer erweitert wird: diese und andere Fragen der Naturschönheit spielen, sobald die Frage des Profits geklärt ist, bei den Vertretern der Deutschen Volkspartei keine Rolle mehr — und damit sind alle Argumente von der „Naturschönheit" verschwunden und erledigt (Abg. Obkircher: Das müssen Sie wissen!). Gewiß, das ist der grundsätzliche Standpunkt Ihrer Deutschen Volkspartei, und diesen haben Sie bis jetzt überall zum Ausdruck gebracht. Sie kämpfen gegen diese Dinge! (Zuruf des Abg. Obkircher) das paßt zu Ihrer Politik! (Auf erneuten Zuruf des Abg. Obkircher): Das ist unsere Auffassung von Ihrer Politik! Wir bewerten Sie immer so, wie Sie Ihre Politik machen.

Wir sind also zu jeder Zeit dafür eingetreten — und werden immer dafür eintreten —, daß, wo es sich um Werke zum Nutzen der Allgemeinheit handelt, der Staat diese Werke errichten und auch selbst leiten soll. Nicht aber sind wir dafür, daß solch zweifelhafte Werke, wie das Badenwerk eines darstellt, errichtet und ausgebaut werden (Zurufe von verschiedenen Seiten). Denn heute kann man doch aussprechen, daß es sich um eine zweifelhafte Sache handelt, wenn der Staat als solcher zwar sämtliche Aktien dieses Werkes im Besitze — dabei aber in das eigentliche Geschäftsgebaren nichts hineinzureden hat. Wir haben bis jetzt immer die Auffassung vertreten: Von demokratischen Standpunkt aus gesehen, müssen die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden der Demokratie stehen, erst recht dafür eintreten, daß als höchste Instanz und als ausschlaggebender Faktor im Staatsleben, das Parlament angesehen werde: im Lande der Landtag, im Reiche der Reichstag! Soviel ich aber bis jetzt übersehen kann, ist bei den verschiedensten Darlehen, die dem Badenwerk schon gegeben werden mußten, — der Herr Abg. Obkircher hat es ja vorgetragen — der Landtag jeweils nur um ja oder nein bezüglich der Bewilligung dieser Darlehen gefragt worden; über irgendwelche anderen Dinge: über den Fortschritt des Werkes, über seine Rentabilität und so weiter hatte der Landtag bis jetzt noch nicht mitzureden, er hatte keinen Einblick in diese Dinge und wurde bis jetzt nicht darüber gefragt.

Gerade jetzt angesichts der Dinge, die vorgetragen wurden — die nach der Auffassung des Herrn Finanzministers auf Grund von Gesprächen „in den Wandelgängen" eben wandelnde Gerüchte geworden sind — glauben wir, daß man jetzt dazu übergehen müsse, einen Untersuchungsausschuß in dieser Angelegenheit einzusetzen, wie er auf Grund unserer Verfassung (der § 38 unserer badischen Verfassung) vorgesehen ist; wir werden einen solchen Antrag noch einbringen. —

Wir sind von der Antwort, die der Herr Finanzminister gegeben hat, nicht befriedigt. Eigentlich hat er ja mehr gesagt, als der Herr Abg. D. Mayer-Karlsruhe wissen wollte, aber eben weil wir doch auch etwas in diese Dinge eingeweiht sind, hat die Antwort, die der Herr Finanzminister uns gegeben hat, uns nicht genügt (Abg. Klaiber: Wollen Sie noch mehr?). Es ist schon bei einem der Redner zum Ausdruck bekommen: Was er gesagt hat, das stellt nicht ganz einwandfrei das Gegenteil von dem auf, was auf der andern Seite behauptet wurde (Abg. Klaiber: Sie sind aber arg neugierig!).

Deshalb werde ich bei meinen weiteren Ausführungen immer Anfragen an den Herrn Finanzminister stellen: wenn er gewillt ist, auch den Kommunisten einmal eine Antwort zu erteilen, kann er sie dann schließlich beantworten.

Einer Ihrer Beamten, Haferkamp — ich nenne den Namen! — hat um die Erneuerung seines Anstellungsvertrages nachgesucht; von der Direktion des Badenwerks hat er die Antwort erhalten, diese Erneuerung seines Angestelltenvertrags könne deswegen nicht genehmigt werden, weil die „Provisionsgeschichten" es nicht zulassen: also muß an diesen Provisionsgeschichten etwas Tatsache und wahr sein. Denn sonst hätte die Direktion des Badenwerks dem in Betracht kommenden Herrn nicht die Antwort erteilen können, die ich soeben wiedergegeben habe. Später, anläßlich einer eidlichen Vernehmung eines Direktors des Badenwerks, Wengler, wurde zwar durch diesen unter Eid das Gegenteil dessen, was ich soeben berichtete, zum Ausdruck gebracht. Es liegen also hier zweierlei Meinungen vor, die gleichzeitig von der Direktion des Badenwerkes hier zum Ausdruck gebracht worden sind. Welche ist nun richtig: die erstere Äußerung — oder das letztere, was unter Eid durch den Herrn Direktor Wengler zum Ausdruck gebracht worden ist?

Das ist schon eine Frage, die jedem einzelnen zu denken geben muß und die nicht mit einer Handbewegung und nicht etwa dadurch erledigt werden kann, daß man, um mit dem Herrn Abg. Büchner zu reden, eben sagt, daß diesem Mann vielleicht „ein Wurm im Gehirn herumgeht" (Zuruf des Abg. Büchner). Nein, so tut man diese Dinge nicht ab, Herr Abgeordneter, sondern wenn man feststellen muß, daß solch zweifelhafte Angelegenheiten vorliegen, dann muß man sich sagen: es ist möglich, es wird sogar wohl so sein, daß der betreffende Beamte recht hat, daß er klar zu denken vermag und jedenfalls nicht, — wie Sie heute früh Andeutungen gemacht haben — geistesgestört ist (Abg. Büchner: Ich habe gesagt: Es kann so sein!). Man kennt das! Man kennt diese Umgehungen, wobei man sagt; ich will jemanden nicht direkt treffen, wobei aber der Sinn einer Äußerung eben doch der ist: Der Mann ist „im Oberstübchen nicht ganz richtig". Das ist also eine Frage, die nach unserer Auffassung geklärt werden muß.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

Weiter bedarf die Angelegenheit mit dem Überlandwerk Königsberg der Klärung. Hierzu wurde von dem Herrn Finanzminister geäußert, daß Provision bezahlt worden ist, ohne daß das vertraglich festgelegt war. Hier kann man glatt von einer Schiebung reden (Auf Zuruf:) Warum denn nicht? Selbstverständlich kann man hier glatt von einer Schiebung reden und eine derartige Schiebung muß dann um so entschiedener verurteilt werden, wenn der Staat als solcher selbst das in Betracht kommende Werk in der Hand hat. Der Herr Finanzminister hat heute früh erklärt, daß dieser betreffende Herr 3100 GM. von dem Überlandwerk Königsberg erhalten hat. Die Gegenseite behauptet — und ich habe sogar die Auffassung, daß das richtig ist —, daß erst auf wiederholte Aufforderung von dem Badenwerk an das Überlandwerk Königsberg diese Summe diesem Schieber ausbezahlt worden ist. Der Herr Finanzminister hat aber in Abrede gestellt, daß auch das Badenwerk diese 3 Proz. Provision von diesem Vermittlungsgeschäft bezahlt hätte. Die Gegenseite gibt an, sogar unter Bezeichnung des Datums, daß das Badenwerk am 22. November 1923 die andere Hälfte, 3100 GM., an diesen Schieber ausbezahlt habe (Zuruf vom Regierungstisch: Das ist ja von Königsberg überwiesen und dann ausbezahlt worden!). 3100 M. Der Mann hat 6200 M. erhalten, einmal 3100 M. von Königsberg, das andere Mal 3100 M. vom Badenwerk (Zuruf vom Regierungstisch: Ist ja nicht wahr! — Finanzminister Dr. Köhler: Es hat doch keinen Wert! Laßt ihn doch reden!).

Und dann die Art und Weise, wie dieses Geschäft zustande gekommen ist (Finanzminister Dr. Köhler: Natürlich!). Es wird behauptet — vielleicht kann der Herr Minister auch darauf Antwort geben —, daß noch andere Geschäfte gemacht worden sind, andere Geschäfte, die ohne Provision abgeschlossen worden sind (Abg. Dr. Engler: Das ist auch wieder nicht recht? — Große Heiterkeit). Das ist sogar sehr recht (Erneute Heiterkeit), und wir wollen das nur, Herr Abg. Engler —, daß an verschiedene Großfirmen auch Darlehen des Badenwerks gegeben worden sind ohne irgendwelche Vermittlungsprovision. Warum gerade hier in diesem einen Fall? Wir haben die Auffassung, daß man bei solchen Anlässen sehr oft Rücksicht nimmt auf den einen oder anderen, der einem sehr nahesteht. Bekanntlich soll ja der Herr Breitenstein ein Vetter des Herrn Direktors Dr. Helmle sein (Lachen am Regierungstisch — Finanzminister Dr. Köhler: Und Sie sind dann ein Bruder von ihm, nicht wahr? — Heiterkeit). Wenn das nicht richtig ist — ich sage, es wird so behauptet (Finanzminister Dr. Köhler: Macht doch keine Komödie!) — dann soll man das richtigstellen (Finanzminister Dr. Köhler: Man kann doch nicht jeden Unsinn richtigstellen!). Ich meine, man soll die Sache ernst behandeln! Wir sind sehr interessiert; wenn Sie später erklären: das ist nicht wahr und das ist nicht wahr, dann werden wir davon den notwendigen Gebrauch machen. Wir hatten dieses Material schon wochenlang im Besitz. Wir haben nicht das Geringste in die Öffentlichkeit gebracht, weil wir gesagt haben, wir wollen abwarten, was hier festgestellt wird. Wir haben in der Öffentlichkeit nicht davon bekanntgegeben, während wir es natürlich, je nachdem die Antwort des Finanzministers ausfällt, tun werden.

Es wird auch behauptet, daß ein sogenannter Strohmann zu diesem Zweck herangezogen worden ist, und der H., der heute früh genannt worden ist, ist jedenfalls dieser Vermittlungsagent Hermann, der diese Sache gemacht hat. Er behauptet nun, von dem ganzen Geschäft nichts zu wissen, während auf der anderen Seite behauptet wird, daß er davon gewußt hat. Erst hat er gesagt, er hätte die Vermittlung herstellen sollen, und der andere, der Herr Breitenstein, hat dann die 6200 M. Provision eingezogen. Wenn diese Dinge der Wahrheit entsprechen, dann ist es schon der Mühe wert, daß sich der Landtag damit befaßt und ganz energisch von der Regierung verlangt, daß sie Maßnahmen ergreift. Damit ist es natürlich nicht getan, Herr Finanzminister, daß Sie heute früh durch einen Zwischenruf erklärt haben, daß man jetzt gegen diejenigen Beamten, die sich vielleicht die Zeit über noch erlaubt haben, irgendwie Kritik an der Geschäftsgebahrung des Badenwerks zu üben, sehr scharfe Maßnahmen ergreifen werde. Damit schafft man diese Dinge nicht aus der Welt. Wir haben vielmehr die Auffassung, daß, wenn ein Beamter, ein Staatsbeamter oder überhaupt ein Beamter, an seine Vorgesetzten herantritt und von ihnen fordert, daß diese und jene Sache, die dort vorgekommen ist, so rasch wie möglich untersucht werde, man den Mann nicht deshalb, weil er eine offene Sprache gesprochen hat, auf die Straße hinauswerfen darf, sondern daß man dann den Dingen nachgehen und sie sofort untersuchen muß. Stellt sich dann heraus, daß die Angaben falsch waren, oder aber, daß es böswillige Verleumdung war, so kann man immer noch seine Maßnahmen ergreifen. Solange man aber keine regelrechte Untersuchung geführt hat, hat man auch kein Recht, irgend einen Beamten zu maßregeln. Das hat die Regierung jedenfalls in diesem Falle getan. Wir haben überhaupt die Auffassung, trotz des Schreibens des Betriebsrates — dem wir durchaus nicht zu nahe treten wollen — haben wir die Auffassung, daß, wenn im Badenwerk der Betriebsrat, der Angestelltenrat ganz offen mehr in diesen Dingen gefragt und mehr zur Mitarbeit und zur Kontrolle herangezogen werden würde, dann unliebsame Dinge, wie sie vorgekommen sind, nicht vorgekommen wären.

Und dann zu einem anderen Fall. Über diesen Fall ist der Herr Finanzminister heute früh sehr rasch hinweggegangen, indem er erklärt hat, daß man auf jener Seite nicht davon zurückgeschreckt sei, Männer, die im politischen öffentlichen Leben stehen, zu verleumden. Ich glaube, der Herr Finanzminister hat damit den früheren Abgeordneten Freudenberg gemeint. Diese Sache scheint uns durchaus eine unsaubere Sache zu sein (Oho! bei den Demokraten), scheint uns durchaus eine unsaubere Sache zu sein. Wir sind zwar keine Juristen und sind auch keine Fachleute im Bankwesen, wir kennen die verschiedenen Kniffe und Auswege und Schleichwege der Banken und ihrer Geschäfte nicht; aber soviel können wir daraus ersehen, daß dieses Geschäft, das hier gemacht worden ist, ein unsauberes Geschäft ist. Ich kann mich noch ganz gut entsinnen, wie sich der frühere Herr Abg. Freudenberg oftmals hierher an das Pult gestellt und gegen die Schieber und gegen jene gewettert hat, die versuchen, die Inflation auszunützen, um sich zu bereichern. Sehr oft hat er das hier getan, als er gegen dieses System... (Zuruf des Abg. Dr. Glockner) — Sie können ja später dazu eine Stellung einnehmen! Es wird nämlich gesagt, und zwar durch den Brief, den der Herr Finanzminister angedeutet hat, den er leider nicht verlesen hat — ich werde ihn dann verlesen —, daß der Herr Freudenberg in der Zeit der Inflation Kohlenanleihe vom Badenwerk bezog, und zwar wird behauptet: erstens einmal zu einem bedeutend niedrigeren Kurs, als er zur damaligen Zeit, an dem Tage, wo er diese Anleihe bekommen hat, gestanden hat und zweitens mit einer Zahlungsfrist, die zu

(Abg. Ritter [Komm. P.])

jener Zeit nicht üblich war, höchstens bei ganz eingeweihten Leuten, die scheinbar in enger Verbindung mit Banken und großen Geschäftstransaktionen gestanden haben. Am 6. September hat Herr Freudenberg 2000 t Kohlenanleihe vom Badenwerk gekauft, und zwar zu einem Kurs von 122 Millionen, während an dem Tag vom 5. und 6. September der Dollar mit 32 Millionen notierte; das sind, auf unser Papiergeld umgerechnet, 160 bis 170 Millionen. Also hier ist schon festzustellen, daß das Badenwerk schon beim Verkauf einen Verlust von 8000 bis 9000 M. zu verzeichnen hatte. Ich will aber diesen Brief verlesen, der von dem Direktor Dr. Helmle und „Eich" gezeichnet ist; der Brief hat folgenden Wortlaut:

„Karlsruhe, den 6. September 1923.

Herrn Landtagsabgeordneter Richard Freudenberg
Mannheim.

Wir nehmen Bezug auf das gestern abend mit dem Linksunterzeichneten geführte Telephongespräch, wonach wir Ihnen 2000 t unserer Kohlenanleihe überlassen haben. Der Kaufpreis beträgt 122 Millionen je Tonne und ist der Badischen Bank anzuschaffen. Er ist frühestens am 10. September, spätestens am 15. September 1923 zahlbar. Vom Tage der Überlassung der Stücke — das ist von heute ab — ist die Kaufsumme mit täglich 2 Proz. zu verzinsen."

Also erstens einmal hat der Herr Freudenberg durch den Kauf dieser Anleihe 8000 bis 9000 M. gewonnen und zweitens (Zuruf des Abg. Dr. Glockner). Sie können sich dann melden, Herr Abg. Dr. Glockner und können mich dann belehren, — zweitens auf Grund der Spanne Zeit vom 6. bis zum 15. September, wo die Entwertung weit über 200 Proz. vorgeschritten ist, ist ein weiterer Verlust entweder für das Badenwerk — ich will keine Behauptung aufstellen — oder für die Badische Bank von 16 000 M. eingetreten, d. h. also praktisch ein weiterer Gewinn für den Herrn Freudenberg von 16 000 M. (Abg. Hertle: Hört! Hört!). Ich meine, das ist eine so nackte Tatsache, und wird glaube ich gar nicht bestritten von dem Herrn Finanzminister; es wird wohl eine Tatsache sein. Und wenn ich vorhin behauptet habe, daß das ein unsauberes Geschäft ist, Herr Dr. Glockner, so wird jetzt nach der Feststellung dieser Tatsache durch diesen Brief auch jedenfalls von Ihrer Seite nicht mehr bestritten werden können (Zuruf: Doch, doch!), daß das ein unsauberes Geschäft war (Abg. Dr. Glockner: Doch, und zwar mit allem Ernst wird es bestritten auf Grund meiner Erkundigungen!).

Wir haben gerade zu dieser Frage noch etwas besonderes zu bemerken. Ich habe schon erklärt, wie oft sich Herr Freudenberg hierher gestellt hat im Landtag, im Plenum und hat gewettert gegen solche Geschäfte und hat oftmals auch betont und hat seinem demokratischen Herzen einen Stoß gegeben und hat die Kapitalisten gewarnt, daß sie ja den Bogen nicht allzu straff spannen sollen, denn die Arbeiter an und für sich würden in sehr schlechten Verhältnissen leben, man müsse ihnen mehr Lohn geben usw. Das war das warme Herz des Herrn Freudenberg, hier als Abgeordneter im badischen Landtag. Vor ungefähr 4 Wochen — das müssen wir bei dieser Gelegenheit zugleich brandmarken — ist der Demokrat Freudenberg dazu übergegangen, in seinem Betrieb, eben weil er auch die Rationalisierung mit durchführt, aber nicht auf eigene Kosten, sondern auf Kosten der Arbeiter, die er beschäftigt, zirka 300 Arbeiter aus seinem Betrieb zu entlassen (Abg. Dr. Glockner: Müssen!). Ich sage auf Grund der Rationalisierung, die er nicht auf seine Kosten durchführt, sondern auf Kosten der Arbeiterklassen, der Arbeiterschaft seines Werkes. Da hat der Herr Freudenberg sein demokratisches Herz in Natura gezeigt. Als nämlich der Betriebsrat die Liste der zur Entlassung stehenden Arbeiter zu Gesicht bekam, mußte er die Wahrnehmung machen, daß all die Arbeiter, die bei ihm beschäftigt waren und sich einmal erlaubt hatten, für die Interessen der Arbeiter seines Betriebs einzutreten (Abg. Dr. Glockner: Nur einer!), alle auf der Liste der zur Entlassung kommenden gestanden haben (Abg. Dr. Glockner: Nur einer!). Nein, alle, Herr Abg. Dr. Glockner, das wissen wir besser. Alle diese Leute haben zur Entlassung gestanden, und wir sprechen das hier ganz offen aus, es waren zu zwei Drittel Kommunisten. Er wollte seinen Betrieb kommunistenrein machen. Nun ja, wenn er diese Gewaltaktion weiter fortführen will, kommunistenrein wird er den Betrieb nicht bekommen. Keinem Kapitalisten wird das gelingen, auch dem Herrn Freudenberg nicht. Er ist weiter dazu übergegangen, den Betriebsobmann fristlos zu entlassen (Abg. Dr. Glockner: Mit Grund!), weil sich der Betriebsobmann erlaubt hat, der Belegschaft zu sagen: Wir dürfen keinen Abbau unserer Löhne zulassen, wir dürfen keine Verlängerung unserer Arbeitszeit zulassen. Das hat er der Belegschaft gesagt (Abg. Dr. Glockner: Das war der Grund der Entlassung!). Der Betriebsrat hat die Interessen der Belegschaft zu vertreten, was er auf Grund des Betriebsrätegesetzes tun muß, so gut wie er das andere tun soll und verschiedentlich auch von anderen Betriebsräten getan wird, daß er auch die Interessen des Unternehmers wahrnimmt.

Hier will ich nur zeigen, dieser Lederfabrikant Freudenberg, der ja auch sehr ernstlich bestrebt ist, die gesamte Lederindustrie zu monopolisieren, der ja auch beständig seine Fühlhörner ausstreckt, um da und dort irgendwo so eine kleine Quetsche aufzufressen, den kleinen Mann bankrott zu machen, dieser Freudenberg ist ein äußerst reaktionärer Kapitalist wie schließlich ein Thyssen, Klöckner oder andere. Das im Zusammenhang mit diesem Gegenstand. Ich habe Zweifel daran, ob das wahr ist, was der Herr Finanzminister gesagt hat, denn sonst hätte er diesen Brief verlesen und hätte sagen müssen, dieser Brief ist gefälscht; ich glaube aber nicht, daß er gefälscht ist, denn sonst wäre man schon längst gegen den betreffenden Beamten wegen Urkundenfälschung und verschiedener anderer Dinge vorgegangen. Man sagt zwar weiter: sie sind nicht allein entlassen worden, weil sie sich irgend welcher Beleidigung schuldig gemacht haben gegen den einen oder anderen Beamten des Badenwerks, sondern man sagt ihm, daß er Geschäftsgeheimnisse preisgegeben habe. Das ist eine Praxis in einem Staatsbetrieb: ein gewissenhafter Beamter, der irgendwelchen Dingen auf die Spur kommt, irgendwelchen Unregelmäßigkeiten, soll zu solchen Dingen schweigen. Das ist der Typ in einem Staatswesen, genau so, wie es unser großer Meister Karl Marx geschildert hat. Die demokratisch-bürgerliche Republik charakterisiert sich durch einen ungeheuren Korruptionssumpf. Wenn man Staatsbeamte auf Grund der Geschäftsgeheimnisse zwingen will — und mag diese Unregelmäßigkeit noch so klein sein in einem Betrieb, der von Staats wegen geführt wird — auf Grund des Geschäftsgeheimnisses nichts zu sagen, dann öffnet man der Korruption Tür und Tor.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

Es gibt einen Staat, der diese Dinge mit anderen Maßregeln ahndet als die deutsche Republik, und das ist Rußland, das ist Sowjetrußland. Wird in Sowjetrußland ein Schieber ertappt oder einer, der sich am Staatsgut vergreift — das kommt nämlich hie und da auch noch vor —, dann wird er erschossen. Das ist die Strafe dafür. Dutzende von Fällen gibt es. Lesen Sie nur die bürgerlichen Zeitungen; sie schreien ja Zeter und Mordio darüber, daß man dort so strenge verfährt. In Deutschland aber tut man das Gegenteil, das beweist der jetzige Fall. Wenn sich ein Beamter erlaubt, irgend eine Kritik zu üben an einem Unternehmen oder gar irgendwelche Dinge zu sagen, die diesen Betrieb schädigen, dann geht man dazu über, ihn auf das Straßenpflaster zu werfen und übergibt ihn dem Hungertod. Das ist vom bürgerlichen Standpunkt aus gesehen eine Ungerechtigkeit sondergleichen, und man soll ja nicht sagen, daß dieser Beamte einfach von A—Z alle diese Dinge sich aus den Fingern gezogen hat oder daß sie erlogen sind.

Wir haben weiter verschiedene Anfragen zu stellen. Es wird behauptet, daß das Badenwerk an die höheren Beamten jährlich sehr hohe Gratifikationen bezahlt und zwar Gratifikationen, angefangen von 3000 M. und höher. Wenn das der Wahrheit entspricht, dann muß sich der Landtag dagegen aufbäumen und nicht nur der Landtag, sondern die gesamte badische Bevölkerung, die doch eigentlich der Träger der Aktien dieses Badenwerkes ist. Das Volk muß es durch die Steuer aufbringen und doch nicht der Herr Finanzminister oder schließlich die Zentrumspartei. Wenn diese Gratifikationen an höhere Beamte bezahlt werden, dann ist das natürlich ein ungeheurer Skandal, wenn man bedenkt, daß es in Deutschland üblich ist, die unteren Beamten am Gehalt beständig nieder hält, Lohnabzüge macht, auf die Straße wirft, abbaut usw., auf der anderen Seite aber diese Gratifikationen bezahlt, ich sage, dann ist das eine große Ungeheuerlichkeit für einen Staat, für eine Regierung, die ein solches Geschäftsgebaren in einem Staatsbetrieb zuläßt.

Weiter haben wir zu fragen, ob es wahr ist, daß ein Prokurist dieses Werkes, dessen Anstellungsvertrag bereits seit 2 Jahren abgelaufen ist und nicht wieder erneuert wurde, eine Abfindungssumme von 15 000 M. erhalten hat. Auch diese Frage möchten wir beantwortet haben. Wenn das der Fall sein sollte, kann man sich die Sache nur so denken, daß man diesem Beamten einfach die 15 000 M. gegeben hat, daß er schweigen soll. Anders können wir uns in der kommunistischen Fraktion diese Frage nicht vorstellen.

Weiter haben wir die Frage zu stellen, ob es wahr ist, daß ein höherer Beamter des Badenwerks des öfteren während der Inflationszeit Vorschuß bekommen hat. Es soll kein Vorschuß auf Gehalt sein, auch kein Vorschuß auf Spesen, einfach ein Vorschuß, der von diesem höheren Beamten verlangt worden ist. Dieser Vorschuß soll erst wieder nach längerer Zeit zurückbezahlt worden sein, wenn natürlich das Geld weiter ungeheuer entwertet war.

Ich belasse es einmal vorläufig bei diesen verschiedenen Fragen, die wir jetzt an die Regierung gestellt haben, und hoffe ganz bestimmt, wenn der Herr Finanzminister Aufklärung geben will, daß er uns die Fragen so beantwortet, daß wir klar verstehen können, das ist nicht wahr und das ist nicht wahr und das ist nicht wahr, und wenn das so ist, Herr Finanzminister, wenn Sie den Gegenbeweis antreten können, dann wäre es natürlich Pflicht der Regierung, gegen Beamte, die solche Ungeheuerlichkeiten der Regierung zum Vorwurf machen, vorzugehen (Finanzminister Dr. Köhler: Ist geschehen!). Wollen wir abwarten, was aus dieser Sache herauskommt (Finanzminister Dr. Köhler: Ist schon herausgekommen!).

Ich habe als ersten Punkt erwähnt, Herr Finanzminister, daß die Badenwerkdirektion den Beamten Haferkamp deswegen nicht wieder als Beamten angenommen hat, weil man ihm gesagt hat, die Provisionsgeschichten sind die Ursache, daß wir Sie nicht anstellen können. Also hat der Beamte, der diese Dinge in die Öffentlichkeit gebracht hat, recht, sonst konnte man Herrn Haferkamp, der seine Anstellung haben will, nicht sagen, das ist die Ursache, warum man Sie nicht anstellen will, nicht mehr und nicht weniger hat der Beamte behauptet. Wir müssen verlangen — und das ist ein Verlangen, das nicht mehr wie recht und billig ist —, daß in Zukunft bei allen Fragen, die das Badenwerk angehen, der Badische Landtag gefragt wird. Sie sagen, und werden später sagen, das ist auf Grund der Gesetzgebung, der Verträge usw. nicht möglich, und die Regierung hat gar keine Möglichkeit, dieses durchzusetzen. Das ist eben die Zweifelhaftigkeit dieses ganzen Unternehmens, daß die Steuerzahler aufkommen müssen, aber nichts zu sagen haben. Ich habe heute früh in den Verhandlungen im preußischen Landtage gelesen, daß dort nicht so ähnliche Dinge vorgekommen sind, aber man Vorsorge treffen will, sich schützen will vor irgend welchen Dingen, die in der Zukunft kommen könnten. Da wurde verhandelt über die Preußische Aktiengesellschaft — es handelt sich um Bergwerke, die im Besitze des Staates sind — da hat die sozialdemokratische Fraktion den Antrag gestellt, der angenommen wurde — ich weiß ihn nicht auswendig, sondern nur dem Sinn gemäß —, daß der Landtag über alle Fragen, die diese Werke angehen, gefragt wird. Ich meine, dieser Antrag ist auf Grund der Erfahrungen herausgeboren worden, auf Grund der Vergangenheit, der schlechten Dinge, die man hat feststellen müssen, sonst kämen die Abgeordneten des Preußischen Landtags nicht auf eine solche Idee, das zu machen.

Wir müssen hier in Baden verlangen, daß zu jeder einzelnen Frage, besonders zu Finanztransaktionen der Badische Landtag gefragt wird, nicht nur immer dann, wenn dem Badenwerk irgend welche Kredite oder Darlehen gegeben werden sollen. Da will sich die Regierung von der Verantwortung drücken und hält die Verantwortung dem Landtage auf. Wir verlangen, daß nicht nur der Landtag verantwortlich sein soll für das Geben von Darlehen, sondern verantwortlich sein muß für das ganze Geschäftsgebaren in dem Betrieb des Badenwerks (Finanzminister Dr. Köhler: Wie stellen Sie sich das vor?). Das ist sehr schlecht zu sagen, weil Sie später erklären werden, hier hat der Staat nichts zu sagen, das ist eine Aktiengesellschaft, die hat ihre bestimmten Gesetze, da können wir nichts daran ändern. Dann muß man versuchen, wenn jetzt momentan nichts zu ändern ist, muß man so rasch wie möglich versuchen, daß der Staat wirklich praktischen Einfluß auf diese Geschichte haben soll.

Wenn der Staat Einfluß haben soll, Herr Finanzminister, muß es der Landtag sein, der seinen Einfluß ausüben kann (Finanzminister Dr. Köhler: Soll eine Kommission des Landtags im Kontor des Badenwerks sitzen?). Das ist nicht nötig, heute früh wurde angeschnitten, daß es nicht schlecht wäre, wenn man Politiker zu solchen Fragen zuziehen würde (Abg. Dr. Glockner: Das Gegenteil ist gesagt worden!). Ich habe schon erwähnt, daß die Dinge, die da vorgebracht worden sind, so erscheinen, daß sie nicht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Ritter [Komm. P.])

alle unwahr sind, daß diese sofort untersucht werden müssen, daß das badische Volk ein Interesse daran hat und daß zu diesem Zwecke auf Grund der badischen Verfassung § 38 von dem Badischen Landtag ein Untersuchungsausschuß eingesetzt wird. Wenn Sie sich dafür interessieren und nicht wollen, daß die Dinge totgeschwiegen werden — bekanntlich muß eine größere Anzahl von Abgeordneten einem solchen Antrag zustimmen, wenn er durchgeführt werden soll — wenn Sie haben wollen, daß die ganze Geschichte durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß untersucht werden soll, können Sie unserem Antrag zustimmen.

Wir sind durchaus nicht, wenn wir diese Dinge charakterisieren, dafür, daß dem Staat als solchem, weil er es nicht versteht oder verstanden hat, solche Werke so beaufsichtigen zu lassen, daß solche Dinge nicht vorkommen —, daß dem Staat dieses Werk aus der Hand genommen werden soll, sondern das Gegenteil ist unsere Auffassung. Wir haben die Auffassung, daß der Staat versuchen muß, mehr solcher Werke in Besitz zu bekommen, ja, sogar haben wir die noch weitergehendere Auffassung, die heute grundsätzlich von Ihnen abgelehnt wird, daß die gesamte Industrie sozialisiert werden muß und werden soll. Erst dann wird die Möglichkeit bestehen für späterhin, daß solche Dinge, wie sie jetzt in verschiedenen Staatsbetrieben vorgekommen sind, nicht mehr vorkommen, denn in einem sozialisierten Betrieb wird gearbeitet. In einem sozialisierten Betriebe werden Angestellte und Beamte ein ganz anderes Interesse nehmen als das im kapitalistischen Staatsbetrieb oder im kapitalistischen Betrieb der Fall ist; der Beamte, der Angestellte wird mit großer Aufmerksamkeit all die Dinge verfolgen, die in „seinem" Betrieb vorgehen.

Nun lehnen Sie es grundsätzlich heute ja ab, eine Sozialisierung durchzuführen. Der Gedanke der Sozialisierung sollte ja einmal in Deutschland wahr gemacht werden; doch diese Illusion ist ängst verflogen und man hat nicht durchgeführt, was man versprochen hatte. Hoffentlich kommt die Zeit, wo das arbeitende Volk die Richtigkeit dieser Gedanken einsieht und selbst dazu übergeht, die Sozialisierung durchzuführen.

Damit man nun nicht, wie das so gerne von seiten politischer Gegner getan wird, uns den Vorwurf machen kann, wir hätten der bürgerlichen Vereinigung bei ihrem Vorgehen gegen die Regierung, um die Staatbetriebe zu Fall zu bringen, geholfen, will ich noch einmal feststellen und betonen, daß unsere Auffassung grundsätzlich eine andere ist als die der Bürgerlichen Vereinigung. Das Vorgehen der Bürgerlichen Vereinigung hatte nur den Zweck, nach außen hin zu zeigen: „Seht Ihr in der Bevölkerung, wie es in einem Betrieb aussieht, der von dem Staat verwaltet wird!" (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Er wird ja gar nicht von dem Staat verwaltet!). Das ist der Zweck Ihrer Förmlichen Anfrage gewesen — und sonst kein anderer! Herr Abg. Obkircher hat es ja noch deutlicher ausgesprochen als Sie selbst. Auf diesem Standpunkt stehen wir nicht, sondern wir verlangen, daß die Regierung diejenigen Betriebe, die jetzt in den Händen des Staates sind, anders ausgestaltet; sie sollen anders geleitet und kontrolliert werden, damit sie auch wirklich Betriebe zum Wohle der Allgemeinheit darstellen.

Ich wende mich einer andern Frage zu, die heute früh auch schon angeschnitten wurde. Es ist eine Frage, die auch in den Anfragen enthalten ist: Daß, als die Grundpreise des Badenwerks (Ruf rechts: Aha!) für die Abnehmer herabgesetzt werden sollten, sich dann der Herr Direktor Dr. Helmle an ein anderes Werk nach München gewandt und dem dortigen Direktor mitgeteilt habe, wie man es in Baden macht, um eine solche Herabsetzung zu umgehen. Vielleicht, Herr Finanzminister, ist das auch eine Frage, die Sie noch beantworten können (Finanzminister Dr. Köhler: Das steht auch in dem Material!). Es ist auch darin enthalten; aber wir scheuen uns nicht, offen auszusprechen, daß wir ein Schreiben in dieser Angelegenheit bekommen haben. Soviel wir sehen, steht am Anfang dieses Schreibens „An den Herrn Präsidenten des Badischen Landtags"; jedenfalls hat also auch der Präsident des Badischen Landtags eine solche Denkschrift erhalten — und jedenfalls auch noch die anderen Fraktionen (Rufe von mehreren Seiten: Nein!).

Wir verlangen also vollste Aufklärung über diese Angelegenheit — und zwar keine „umgehende", sondern eine ganz klare Antwort des Herrn Finanzministers, darüber, ob alle die Dinge, die von anderer Seite behauptet wurden, unwahr, ob sie erlogen sind, ob sie böswillige Verleumdungen darstellen.

Aber soweit es sich um die Dinge handelt, die bereits abgeurteilt sind, Herr Finanzminister, sind wir nicht davon überzeugt, daß der Angeschuldgte unrecht hat — wenn auch die Richter, die jetzt über die betreffenden Angelegenheiten abzuurteilen hatten, dem betreffenden Angeschuldigten Unrecht gegeben haben! (Finanzminister Dr. Köhler: So?). Jawohl! Wir kennen die betreffenden Richter der badischen Republik und des badischen Freistaates ganz genau und wir wissen, daß sie heute so wenig wie je objektive Richter in all den Fragen gewesen sind, um die man gestritten hat. Das wird sogar von deutsch-volksparteilicher und von demokratischer Seite bezeugt. Es gibt viele Stimmen aus dem demokratischen Lager, sehr viele Stimmen, und solche aus dem Lager der Deutschen Volkspartei, durch welche den Richtern Inobjektivität, Mangel an Objektivität bei verschiedenen Urteilssprüchen vorgeworfen wird (Zuruf aus dem Zentrum; weiterer Zuruf aus der Deutschen Volkspartei: Bei uns?), so daß wir wohl berechtigtes Mißtrauen gegen die Urteile dieser Richter haben, die jetzt gerade in dieser Frage Urteile zu fällen hatten. Wir haben also durchaus kein Vertrauen; für uns gilt dieser Richterspruch und gelten diese Richtersprüche nicht. Für uns kann es nur zweierlei geben:

Nummer 1: Daß man dem Betriebsrat, dem Angestellten- und Beamtenrat dort im Badenwerk für die Ausübung der zukünftigen Kontrolle in diesem Betrieb die größtmöglichen Vollmachten gibt.

Nummer 2: daß man auf Grund der Verfassung jetzt einen Untersuchungsausschuß einsetzt, damit die Herren Abgeordneten, die als Mitglieder dieses Ausschusses bestimmt werden, dann dem Landtag erklären können: Diese und jene Behauptungen, die vorgebracht wurden, sind unwahr.

Erst wenn beide Forderungen durchgeführt sein werden, erst dann sind wir überzeugt, daß die Dinge, die vorgebracht worden sind, unwahr sind. Andernfalls müssen wir annehmen, daß es sich um Tatsachen handelt.

Abg. Dr. **Wolfhard** (D. Dem. P.):

Das Material, das vom Herrn Abg. Ritter benützt worden ist, haben wir nicht erhalten. Es ist zwar im Rechtspflegeausschuß behandelt worden; die Sache wurde aber anscheinend zurückgestellt, bis das Disziplinarverfahren erledigt wäre (Zuruf des Abg. Ritter). Ja, der Herr Abg. Ritter

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Wolfhard** [D. Dem. P.])

hat ja nun anscheinend den Versuch unternommen, die Förmliche Anfrage der Bürgerlichen Vereinigung mit dem Material zu stützen, das von den Herren Antragstellern nicht vorgebracht worden ist! In der Tat scheint er, soweit ich das aus dem Verlesen der Beschwerdeschrift des Herrn Rudy entnommen habe, einen ziemlich reichlichen Gebrauch davon gemacht zu haben. Wir haben uns mit diesen Fragen nicht beschäftigt, und wir haben auch nicht vor, uns im Landtag damit zu beschäftigen (Hört! hört! — Abg. Ritter: Sie haben jedenfalls Ursache dazu!); auf das, was uns angeht, werde ich schon noch kommen, Herr Kollege Ritter.

Meine Auffassung geht dahin: Falls jemand, der lange in einem Werke ist, Beschwerden vorzubringen hat, dann muß ich Hochachtung und Respekt vor ihm haben, wenn er das tut, während er in dem Werke drin ist; wenn er es aber erst tut nachdem er aus dem Betrieb entlassen worden ist, werden wir doch alle immer gewisse Bedenken gegen die Darstellungsweise und gegen die einzelne Beschwerde haben (Abg. Schreck: Deswegen ist er ja herausgeflogen, weil er es gesagt hat! — Abg. Dr. Engler: Nein, er ist nicht deswegen herausgeflogen! — Abg. Ritter: Er will sogar noch mehrere herauswerfen!). Ich habe mich hier nicht gegen die Ausführungen des Herrn Abg. Ritter zu wenden (Erneuter Zuruf des Abg. Ritter und Gegenzuruf aus der sozialdemokratischen Fraktion; Abg. Ritter: Noch mehr will er herauswerfen!). Wenn der Herr Abg. Ritter mit seiner Privatangelegenheit fertig ist, kann ich ja dann weiterfahren!

Ich habe mich dagegen zu wenden, daß man, daß er — der Herr Abg. Ritter — dem Herrn Abg. Freudenberg vorgeworfen hat, er habe mit jener Kohlenanleihe „eine unsaubere Sache" gemacht, als er am 6. September 1923", nach dem Brief, der verlesen wurde und nach einem Telephongespräch, das er am 5. September mit dem Herrn Direktor Helmle geführt hat, 2000 t Kohlenanleihe erwarb. Herr Ritter hat diesen Brief ja verlesen; anscheinend hat er ihn aber doch nicht ganz verstanden. Wenn der Direktor des Badenwerks einen derartigen Brief schreibt und darin ausspricht, daß die Anschaffung des Betrags für diese 2000 t Kohlenanleihe durch die Badische Bank gehe, daß der Gegenwert dort anzuschaffen ist, dann hätte bei ruhiger objektiver Prüfung Herr Ritter sich sagen müssen, daß das Geschäft durch die Badische Bank gemacht worden ist (Lachen bei den Kommunisten). Weiter hätte er sehen müssen, daß, wenn bei einem derartigen Geschäft für den Tag 2 Proz. Zinsen berechnet werden — was im Jahr 720 Proz. Zinsen ausmacht —, man es hier mit einem sehr hohen Zinssatz zu tun hat; wie wir durch Auskünfte von einem Direktor der Badischen Bank erfahren haben, ist der Zinsfuß deshalb so hoch festgesetzt worden, um sich eben durch diesen hohen Zinsfuß gegen die Entwertung des Geldes zu sichern (Abg. Ritter: Der Zins hat in 9 Tagen 2500 M. gemacht!). Das ist Ihre Ausrechnung, die eben nicht stimmt und mit der Sie lediglich dasjenige wiedergeben, was Rudy geschrieben hat! Sie haben auf Gedeih und Verderb und ohne jegliche Nachprüfung einfach dasjenige hinausgegeben und weitergegeben, was er sagt, weil Sie glaubten, damit dem Herrn Abg. Freudenberg etwas anhängen zu können (Abg. Ritter: Das kann jeder Laie ausrechnen!). Ja, wenn er so wie Sie sieht und so wie Sie rechnet, der Sie eben darauf ausgehen, einem andern etwas anzuhängen (Zuruf des Abg. Ritter).

In gleich geschmackvoller Weise haben Sie ihm die Geschichte mit dem Betriebsratsvorsitzenden angehängt, was mit der Sache doch gar nichts zu tun hat.

Was diese Angelegenheit anbelangt, so ist Ihnen schon vom Herrn Präsidenten Dr. Glockner zugerufen worden, daß der Betriebsratsvorsitzende durchaus zu recht entlassen worden ist (Abg. Ritter: Nach Ihrer Auffassung ist er zu recht entlassen worden!). Bitte lassen Sie doch die Tatsachen und diejenigen Instanzen sprechen, die über diese Dinge zu entscheiden haben! Der Herr Abg. Freudenberg hatte in seinem Betriebe angeordnet, daß man wieder zur Arbeit gehen solle; der Betriebsratsvorsitzende hat demgegenüber gesagt und angeordnet, daß nicht zur Arbeit gegangen werde, — und darauf ist seine Entlassung erfolgt. Das Recht zu seiner Entlassung ist überall anerkannt worden. Von sämtlichen gesetzlich eingesetzten Stellen ist das Verhalten dieses Betriebsratsvorsitzenden als ein Grund zur sofortigen Entlassung anerkannt worden (Abg. Ritter: Selbstverständlich! das sind ja alles Lakaien vom Herrn Abg. Freudenberg). Es sind Betriebsratsversammlungen abgehalten worden. Und wenn diese Dinge natürlich nach Ihrer Meinung durchaus zu Recht bestehen, so sind wir der Meinung, daß in einem Betrieb, insbesondere von einer gewissen Größe, Ordnung sein muß und daß nicht Ordre und Gegenordre gegeben werden darf, weil sonst Desordre, Unordnung und Desorganisation entsteht (Abg. Schreck: Der Herr-im-Haus-Standpunkt!). Das ist jedenfalls ein Standpunkt, der von den eingesetzten Stellen als richtig erkannt worden ist. Daß er bei Ihnen keine Billigung findet, das weiß ich. Sie haben ja bei Ihren despektierlichen Äußerungen über den Richterstand, — obwohl Sie gar nicht wissen, wie so eine Disziplinarkammer in dem Verfahren zusammengesetzt ist, in dem sie geurteilt hat, — haben Sie mit der Handgebärde gesagt: das sind die Richter, diese „republikanischen Richter"; das heißt, Sie haben natürlich spöttisch gemeint: die nicht auf dem Boden der Verfassung stehen, und die deswegen derartige Disziplinarerkenntnisse fällen. Von einem Landtagsabgeordneten sollte man verlangen, daß, wenn er derartige Anwürfe gegen einen Stand, wie die Richter, ausspricht, er sich mindestens die Mühe macht, einmal nachzusehen, wie eine Disziplinarkammer zusammengesetzt ist, ob da nur Richter oder nicht auch andere Beamte drin sitzen (Abg. Ritter: Ich werde bei nächster Gelegenheit kritische Stimmen zitieren!). Sie können, wie immer, zitieren, wie Sie wollen, deswegen ist es doch unrichtig, — weil Sie der Meinung sind, daß, wenn Sie in irgend einem Zeitungsblatt eine Nachricht über ein Urteil finden, wenn es in Ihren Kram paßt, es für Sie natürlich das richtige ist, ohne sich die Mühe zu machen, sich auch nur von einem ihrer Leute, die dort sind, den richtigen Sachverhalt geben zu lassen. Sie arbeiten mit Zeitungsberichten, Stimmungsbildern, tendenziösen Entstellungen, die vielleicht in Ihren Kram passen, die aber der Richtigkeit, der Wahrheit noch lange nicht nahekommen (Abg. Ritter: Das wissen Sie!). Das brauche ich nicht zu wissen; das schließe ich aus Ihrem bisherigen Verhalten mit logischer Folge.)Auf Zwischenruf des Abg. Ritter:) Wenn ich nach Ihrer Meinung nicht über die geistige Kapazität verfüge wie Sie, so muß ich eben darauf verzichten, mich mit Ihnen weiter über das auseinanderzusetzen! Das hat gar keinen Sinn!

Ich komme nach dieser Einleitung zum eigentlichen Thema. Ich habe schon gesagt, wir hätten uns mit dieser Beschwerdeschrift des Herrn Rudy nicht befaßt, weil wir der Meinung sind, daß die geordneten Instanzen darüber zu erkennen haben, was an diesen Vorwürfen ist. Und dies ist nach dem, was der Herr Finanzminister ausgeführt hat, in einem sehr weitläufigen Verfahren festgestellt worden. Es mag die Möglichkeit sein, daß bei dem einen oder anderen Vorgang nicht alles

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Wolfhard** [D. Dem. P.])

so aufgeklärt ist, wie es vielleicht notwendig wäre. Das spielt für uns keine Rolle. Wenn diese Förmliche Anfrage eingekommen ist und sie in der Tat eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen hat, so glaube ich nicht, daß man sagen kann, daß der Herr Anfragesteller heute morgen die Förmliche Anfrage in der Art begründet hat, wie es, sagen wir einmal, dem ganzen Stimmungsbarometer der Anfrage entsprochen hätte.

Wir sind im Jahre 1912 für dieses große Bauprogramm der Inangriffnahme der Wasserkräfte eingetreten, und wir freuen uns, daß wir dafür eingetreten sind, weil in der Tat ein vorbildliches Werk geschaffen worden ist. Wir sind auch im Jahre 1921 in der Inflationszeit, als es an den weiteren Ausbau des Murgwerks ging, ebenfalls dafür eingetreten, und wir haben mit den anderen, die dafür eingetreten sind, den Erfolg, daß in der Inflationszeit ein großartiges Werk mit sehr geringen Kosten erstellt worden ist. Es ist gewiß richtig, daß, wenn man es in Goldlöhnen ausrechnet, damals etwa für 3 bis 5 Pf. die Stunde gearbeitet wurde und daß es deswegen in der Tat möglich war, dieses Werk mit verhältnismäßig geringen Kosten zu erstellen. Wir sind auch im Jahre 1923 bei der damaligen Debatte über die Preispolitik des Badenwerks der Meinung gewesen, daß die Preispolitik des Badenwerks, — die sich selbstverständlich von dem einen oder anderen Orte aus verschieden ansieht, — in ihren großen wesentlichen Zügen, die richtige ist, und wir haben auch am 18. Dezember des vorigen Jahres erklärt, daß wir von der überragenden Bedeutung des Badenwerks für unser Land überzeugt sind. Und andererseits ist durch die im Haushaltsausschuß wiederholte frühere Erklärung des Herrn Finanzministers klargestellt, daß dem Ausbau des Schluchseewerkes erst dann nähergetreten werden soll, wenn seine Wirtschaftlichkeit außer Frage steht und die Entschädigung der durch das Unternehmen Benachteiligten sichergestellt ist.

Es ist auch heute unser Standpunkt: Vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit aus muß geprüft werden, was die rationellste Betriebsart und Betriebsführung ist, es muß ein Vergleich angestellt werden über all das, was in der Zwischenzeit seit dem Jahre 1921 sowohl auf dem Gebiete der Wasserkrafterzeugung als der Dampfkrafterzeugung durch Theorie und Praxis sichergestellt worden ist. Wir sind der Meinung, daß der Ausbau des Murgwerks, wie gesagt, in der Inflationszeit wirtschaftlich in höchstem Maße gerechtfertigt war. Es ist ein Werk von höchster Bedeutung für die Landeselektrizitätsversorgung entstanden mit verhältnismäßig geringen Kosten.

Wir bedauern aber insbesondere, daß die Debatte über das Schluchseewerk heute stattfindet, in einem Zeitpunkt, wo wir nicht in der Lage sind, uns über die Denkschrift, die uns das Finanzministerium in Aussicht gestellt hat, und über die Gutachten, die wir in der Zwischenzeit erhalten werden, auseinanderzusetzen. Wir können daran nichts ändern und müssen selbstverständlich prinzipiell unseren Standpunkt wahren. Wir sind aber der Meinung, daß endgültig über dieses schwerste und intrikateste Projekt von Männern und Frauen, die von sachlichen Gesichtspunkten ausgehen, erst dann geurteilt werden kann, wenn uns das ganze Material zur Verfügung gestellt ist. Wir denken uns allerdings die Sache nicht so, daß etwa am 14. Juli der Herr Dr. Block im Haushaltsausschuß referieren wird, und daß wir mit Rücksicht auf die Erklärung, die der Herr Finanzminister heute morgen bezüglich der Elektrifizierung der Bahnen abgegeben hat, dann möglichst rasch etwa eine Entschließung bezüglich der Erstellung des Schluchseewerkes fassen sollen. Das ist meiner Meinung nach schon deswegen nicht möglich, weil da so viele Probleme, so viele wirtschaftliche Fragen zu erörtern sind, daß es jedenfalls bis zu den Sommerferien kaum Gelegenheit geben wird, ein derartig großes, einheitliches und schwieriges Werk im Haushaltsausschuß oder im Plenum irgendwie richtunggebend in Angriff zu nehmen.

Wir nehmen heute keine Stellung weder für Wasserkraft noch für Dampfkraft. Für uns ist, wie gesagt, lediglich die Frage der höchsten Wirtschaftlichkeit maßgebend. Wir erwarten, daß die Denkschrift, die die Regierung vorlegen wird, darüber Auskunft geben wird, in welcher Weise die Erzeugung auch von Dampfkraft in den letzten fünf Jahren durch höhere Ausnützung der Wertstoffe der Kohle oder durch Fortschritte in der Wärmewirtschaft sich gebessert hat.

Wenn ich auf ein Beispiel, das mir als Mannheimer naheliegt, eingehen darf, so ist bei Errichtung des Großkraftwerkes im Jahre 1921 ausgerechnet worden, daß für die Kilowattstunde etwa 0,95 Kilogramm Kohle notwendig seien, während heute nach dem, was man in Zeitschriften lesen kann, in gutorganisierten, modernen Dampfwerken 0,5 bis 0,55 Kilogramm Kohle verbraucht werden.

Ebenso wird wohl die Denkschrift auch Ziffern darüber enthalten müssen, zu welchem Preis heute ein modern eingestelltes Dampfwerk die Kilowattstunde erzeugen kann. Es sind da für die Kilowattstunde Preise und Zahlen genannt worden von 1,4 Pf. für ein modern eingerichtetes und von 1,9 Pf. für ein veraltetes Werk. Es wird auch in dieser Denkschrift nicht etwa an den gegnerischen Stimmen vorübergegangen werden können. Insbesondere wird notwendig sein, daß auch die kritischen Stimmen geprüft werden, die sich gegen das Schwarzenbachwerk in der Art gerichtet haben, wie ein Artikel in der elektrotechnischen Zeitschrift Ausgang des Jahres 1925, wo Vergleichszahlen gegeben waren, wo einerseits für das Verhältnis der Kosten der Staumauer zu dem Beckeninhalt und andererseits für die Größe des alljährlichen Wasserzuflusses und für die Höhe des zur Verfügung stehenden Gefälles Vergleichsmeßzahlen genannt worden sind, die, wenn sie richtig wären, kein sehr wirtschaftliches Bild ergeben für das Schwarzenbachwerk. Aber ich bitte diese Zahlen nachzuprüfen, sie sind ja der Regierung und dem Badenwerk bekannt. Es sind dort Zahlen genannt: für das Wäggitalwerk in der Schweiz 684, für das schweizerische Oberhasliwerk 254 und für das Schwarzenbachwerk nur 17,5 oder vielleicht das Doppelte, wenn man es zugleich als Regulator für das Murgwerk betrachtet. Ich darf bitten, daß an diesen Zahlen nicht etwa in der Art vorbeigegangen wird, daß gesagt wird: das sind Zahlen, die von gegnerischer Seite, die von Konkurrenten, von Dampfwerken herausgegeben sind und die deswegen unwahr sind. Denn wenn man eine solche Beweisführung durchführen wollte, so könnte ja dagegen eingewendet und gesagt werden, daß andererseits auch die Zahlen, die vom Badenwerk, von einem Wasserkraftwerk ausgehen, eben auch nur von einem einseitigen Standpunkt aus errechnet worden sind. Das möchte ich vermeiden, und deswegen möchte ich bitten, daß all das, was in der Zwischenzeit bekanntgeworden ist, auch verwertet wird. Sie werden uns auch darüber Auskunft geben müssen, warum die Stadt Berlin (Unruhe, Glocke des Präsidenten), die durch eine Fernleitung aus Braunkohlenfeldern ihre Elektrizität bisher im großen und ganzen bezogen hat, heute zu e i n e m großen Steinkohlenerzeugungswerk in Rummelsburg übergegangen ist, und sie werden uns weiter sagen müssen, warum in Amerika, dem Lande, wo das meiste Geld, die meisten Kohlen und die meisten Wasserkräfte

(Abg. Dr. **Wolfhard** [D. Dem. P.])

sind, nach der Statistik von Power, die er im Januar 1926 herausgegeben hat, daß da nur 100 Millionen Dollar Kapital für Wasserwerke investiert sind, dagegen 175 Millionen Dollar für Dampfwerke. Das sind Dinge und Zahlen, die ich deswegen nenne, weil ich glaube, daß es besser ist, wenn man in einem wissenschaftlichen Kampf die Meinungen über diese Dinge nicht etwa unterdrückt, sondern daß sie in den Vordergrund gestellt werden, und daß dann von den Sachverständigen, die wir zu hören bekommen, von der Sachverständigenleitung des Badenwerks uns als Laien die Gegengründe mitgeteilt werden, damit wir uns ein objektives Bild in diesen Dingen machen können. Wie gesagt, der Herr Finanzminister hat gesagt, daß es insbesondere wichtig ist, das Schluchseeprojekt zu beschleunigen, weil die Reichsbahn Wert darauf lege, wenn sie an die Elektrisierung der Bahnen herangehen will, daß das Schluchseeprojekt zur Durchführung kommt. Ich glaube, so kann das nicht eilen, daß es uns überhebt, die Dinge, die ich hier angeführt habe, und die wir in der Denkschrift hoffentlich bald vorgelegt bekommen, durchzugehen und ernsthaft zu prüfen. Wenn man ein Werk von der Größe schaffen will, wie es das Schluchseewerk ist, wird es auch sehr darauf ankommen, wie groß das Anlagekapital sein wird.

Der Herr Finanzminister hat, wenn ich nicht irre, heute morgen einmal beiläufig von 60 bis 70 Millionen, ein anderes Mal von 100 Millionen M. gesprochen. Darauf wird es ankommen, ob das Schluchseewerk in der Totalität unter Umständen mit 100 Millionen M. Ausgaben noch tragbar ist, oder ob eine darunter liegende Ziffer angenommen werden muß. Wenn man sagt, daß für uns in Baden das Badenwerk einen guten Aktionsradius ausüben wird, möchte ich wünschen, daß man sich nicht gar zu sehr hinter dem privatrechtlichen Charakter des Badenwerks versteckt. Denn wenn es möglich war, bei der Einrichtung des Murgwerks dem badischen Landtag damals eine breite Grundlage in der Art zu geben, daß auch außerhalb des Hauses Sachverständige und Laien einigermaßen ein Bild bekommen haben über die Wirkungsweite dieses Vorschlages, so glaube ich wohl den Wunsch aussprechen zu dürfen, daß mindestens dem Landtag und dem Haushaltsausschuß in ähnlicher Weise Zahlenreihen mitgeteilt werden, daß wir uns ein Bild machen können, um in dieser vielleicht wichtigsten Frage — als Einzelfrage gesehen —, die wir in der diesjährigen Session des Landtags zu entscheiden haben, in ausreichender Weise orientiert zu sein. Ich meine aber, man sollte mit dem Urteil eines Mannes, wie der Herr Direktor Dr. Marguerre, wenn er auch auf der anderen Seite zu stehen scheint, nicht so umgehen, wie es in der letzten Pressenotiz geschehen ist. Die Wissenschaftlichkeit und die Urteilskraft des Herrn Direktor Marguerre ist nicht davon bedingt, daß er zufällig der Vorstand eines Dampfkraftwerks ist. Wenn Sie beobachten, wie Direktor Marguerre auf nicht einseitig eingestellten Kongressen, bei Kongressen, wo Wasserkraft- und Dampfkraftbesitzer beisammen waren, sich hören ließ, so glaube ich nicht, daß es angeht, zu sagen, daß hier ein Urteil lediglich von einem Konkurrenten oder von einem Gegner abgegeben worden ist. Ich meine, man sollte das Gutachten des Herrn Direktor Marguerre widerlegen, man sollte es besprechen; ich glaube, das wäre zweifellos am besten für das Badenwerk und für die künftige Entwicklung desselben.

Es ist über das Geschäftsgebaren des Badenwerks von dem einen oder dem anderen Redner schon einmal gesprochen worden, und ich will da auch zwei Vorgänge wenigstens streifen, die mich als Mannheimer interessieren. Sie wissen, daß das Großkraftwerk in Mannheim eine Vergrößerung seines Betriebes vornehmen wollte, und daß dann im Frühjahr eine ziemlich lebhafte Agitation dagegen einsetzte. Das Großkraftwerk und die Stadt Mannheim sind nun darüber etwas indigniert, daß das Badenwerk hinter dem Rücken des Großkraftwerks mit einem der Mitgründer des Großkraftwerks, dem Pfalzwerk, sich in Verbindung gesetzt hat, und dem Pfalzwerk — vielleicht um es zu bestimmen, gegen die Vergrößerung des Werkes zu stimmen — einen Preis angeboten hat für elektrische Kraft, der 10—15 Proz. unter dem landesüblichen Durchschnitt gelegen haben soll. Ich will auch kurz auf den anderen Vorfall eingehen, der sich auf dem Rathaus in Karlsruhe abgespielt hat, wo auch die Frage der Erweiterung des Elektrizitätswerks in Frage stand und von seiten des Badenwerks drei Vorschläge eingereicht wurden. Es wurde zunächst ein Vorschlag eingereicht in der Art, daß die Stadt Karlsruhe, wenn sie das Elektrizitätswerk nicht ausbaue, 2000 Kilowatt ohne die Grundgebühr von je 45 M. geliefert bekomme. Da das nicht genügte, wurde diese Summe auf 4000 Kilowatt erhöht, und an dem Tag, als der Bürgerausschuß und der Stadtrat zu verhandeln hatten, wurde dieses Angebot auf 6000 hinaufgesetzt, so daß es sich rund um eine Summe von 270 000 M. handelt, die innerhalb dieses Projektes nachgegeben wurden. Nun bin ich nicht der Meinung, daß das Badenwerk unter allen Umständen Preise angeben müsse, an denen dann nichts mehr herunterzuhandeln ist. Aber wenn man die beiden Beispiele gegenüberstellt, daß dem Pfalzwerk dieses günstige Angebot gemacht wurde, und daß der Landeshauptstadt Karlsruhe, die doch in erster Linie sicher Anspruch auf den billigsten Strom des Badenwerks hat, so glaube ich, daß ein solches Gebahren doch immerhin über das hinausgeht, was üblich ist, und daß dies auch nicht durch die Schwierigkeiten, die durch den Kampf zwischen der Dampfelektrizitätskraft und der Wasserkraft entstehen, entschuldigt werden kann. Ich möchte wünschen, daß in dieser Beziehung Klagen solcher Art nicht mehr erhoben werden können.

Es ist uns von dem Herrn Finanzminister auch eine Gewinnberechnung vorgelegt und gesagt worden, daß das Badenwerk mit 10 Proz. rentiere, was bei 21 Millionen Goldmarkkapital 2,1 Millionen Ertrag bedeutet, und was eine sehr schöne Rentite ist. Sie dürfen aber dabei nicht außer acht lassen, daß das Badenwerk eine sehr große Reihe von Steuerbefreiungen hat (Finanzminister Dr. Köhler: Natürlich!), daß dies insbesondere auf dem Gebiet der Körperschaftssteuer, auf dem Gebiet der Umsatzsteuer, wie auf dem Gebiet der Vermögenssteuer und der Grund- und Gewerbesteuer der Fall ist, was rund gerechnet ungefähr 960 000 M. Steuern ausmacht, die die anderen Werke zu bezahlen haben. Das sage ich nur, daß nicht diese scheinbar hohe Rentite unbedingt in Konkurrenz mit den Rentiten der anderen Werke, unter Umständen auch eines Dampfwerkes gestellt werden kann, sondern daß man diese Zahlen unter gleichen Voraussetzungen vergleichen soll. Ich bin auch der Meinung, daß das Badenwerk uns vielleicht über die Betriebsführung, über die Versorgung und Sicherstellung der Versorgung in der Denkschrift einiges sagen sollte. Am letzten Sonntag (4. Juli) ist es ja gerade, während man im stillen Kämmerlein über das, was man sagen wollte, brütete, in Mannheim und Karlsruhe der Fall gewesen, daß der Badenwerkstrom zweimal aussetzte und dann eine gute Viertelstunde in Mannheim und Karlsruhe nicht in Wirksamkeit trat, und daß die Spannungsverhältnisse an diesem Tage über eine Stunde unzulänglich waren.

Ich bin also der Meinung, daß alle diese Dinge ohne Leidenschaftlichkeit, mit Ruhe ausgetragen werden müssen, daß wir hier im badischen Landtag alle, nicht nur der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Wolfhard** [D. Dem. P.])

Herr Finanzminister, die Verantwortung dafür tragen müssen, wenn wir einen weiteren Schritt in der Elektrizitätsversorgung vornehmen wollen. Und ich bin weiter der Meinung, daß das Badenwerk und die Regierung es sicherlich nicht zu bereuen haben, wenn sie uns möglichst viel Material, möglichst viele Sachverständige, möglichst viele Ziffern und möglichst viele Vergleichskomponenten geben. Denn im letzten Ende sind wir doch alle dazu da, daß wir unsere badischen Finanzen vorwärts bringen in dieser wirtschaftlich daniederliegenden Zeit! Und dazu sollte das Beste gerade gut genug sein, daß man es uns vorlegt, und man sollte mit Ernst und Würde die Sache so behandeln, wie es einem solch bedeutenden Kulturwerk, wie das Badenwerk eines ist, und der Fortsetzung des Badenwerks, dem Schluchseewerk, entspricht.

Abg. Dr. Engler (Sozdem.):

Von allen Rednern ist bis jetzt ausgeführt worden, daß die Begründung der Förmlichen Anfrage keineswegs dem Inhalt der Anfrage entsprach. Ich konnte mich auch heute dem Eindruck nicht verschließen, daß der Herr Abg. D. Mayer und seine Freunde bei der Stellung der Anfrage sich von zwei Dingen leiten ließen: Das eine war die Äußerung des Herrn Rudy und das andere war die Rede, die sie gelegentlich des Besuches in Mannheim gehört haben. Bezüglich des ersteren hat offenbar der Herr D. Mayer in der Zeit gemerkt, daß es nicht gut ist, wenn man sich auf diese Äußerungen stützt.

Der Herr Abg. D. Mayer hat so getan, als wüßte er noch andere Sachen. Nun bin ich der Meinung, wenn man erkennt, daß man irregeführt worden ist, soll man das eingestehen und sagen. Wenn man andere Dinge weiß, ist es Pflicht, daß man sie sagt. Keine dieser beiden Pflichten ist erfüllt (Zuruf). Ich habe mich deswegen solange nicht zum Worte gemeldet, ich habe geglaubt, es wird auf das, was gesprochen wird, jemand von Ihrer Seite antworten (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sie hatten sich heute morgen zum Worte gemeldet. Bleiben Sie bei der Wahrheit!). Ich habe mich zum Worte gemeldet und ich habe gesagt, ich warte aber gern, bis alle Fraktionen gesprochen haben. Sie sehen, daß ich immer wieder zurückgetreten bin. Ich stelle fest, Sie haben keine von diesen beiden Pflichten erfüllt. Sie haben die Stellung des Betriebsrates kritisiert. Der Betriebsrat hat ganz sicher, das dürfen Sie glauben, ohne, daß er angeregt wurde, Stellung genommen, vielleicht weniger wegen der Direktoren, als wegen der anderen Angestellten, die von Herrn Rudy verdächtigt worden sind. Es ist das Recht des Betriebsrats, sich mit allen Dingen im Betriebe zu beschäftigen. Dem Herrn Abg. Ritter will ich nur sagen, daß wohl in wenig Betrieben der Betriebsrat eine so freie Betätigung und eine so geschätzte Tätigkeit ausüben kann, wie bei uns im Badenwerk. Es finden vor Aufsichtsratssitzungen keine Vorbesprechungen statt, bei denen die Arbeiter ausgeschlossen sind. Bedauerlich ist, daß Arbeiter und Angestellte mit den Personen, die sie in den Aufsichtsrat entsenden, jedes Jahr wechseln und dadurch das Einarbeiten in große Fragen nicht vor sich gehen kann.

Der Herr Abg. D. Mayer hat dann ausgeführt, es sei vom Badenwerk despektierlich über Nachbarstaaten gesprochen worden, was und wer, weiß ich nicht, es ist eine Andeutung, wahrscheinlich ist Württemberg gemeint. Was gesprochen worden ist, ist hier nicht gesagt worden.

Dann hat der Herr Abg. D. Mayer den Vorwurf erhoben, die Leitung des Badenwerkes arbeite im Schluchseegebiete nach dem Motto: Teile und herrsche. Die Badenwerksleitung hat keine Teilung vorgenommen. Ich weiß aber von dem Leiter einer großen landwirtschaftlichen Organisation, daß diese Organisation sich bemüht hat, die Landwirte von der anderen Gruppe, von den Industriellen, loszulösen, um die Interessen der Landwirte allein und getrennt von ihnen zu vertreten. Also, wenn eine Teilung stattgefunden hat, ist sie auf diesen Punkt zurückzuführen und nicht auf eine Schiebung des Badenwerks (Zuruf bei der Bürgerlichen Vereinigung: Welche Organisation ist das?). Ich weiß nicht, ob es dem Organisationsvertreter recht ist, wenn ich ihn nenne und nenne ihn deshalb nicht (Heiterkeit). Es gibt außer dem Landbund auch noch landwirtschaftliche Organisationen. Ich weiß, daß auch die Landwirtschaftskammer sich sehr intensiv um die Sache kümmert, das werden Sie nicht bestreiten (Abg. Klaiber: Wir stehen auf dem gegenteiligen Standpunkt von dem, was Sie gesagt haben!). Dann werden Sie wissen, wer es ist (Abg. Klaiber: Sie brauchen es nicht zu sagen!). Ich brauche keine Auskunft zu geben. Ich stelle lediglich die Tatsache fest, daß es landwirtschaftliche Vertreter gibt, denen es mit der Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen mindestens so ernst ist, wie Ihnen, und daß die glauben, die Sache auf anderem Wege besser zu erreichen. Es ist nicht notwendig, daß man eine Anzahl Syndici und Rechtsanwälte bezahlt, um gegenüber dem Badenwerk die Interessen dieses Standes zu vertreten. Es ist auch nicht notwendig und nicht Aufgabe des Landtages, in der Weise jede und die weitesten Forderungen dieser Interessenten als gerecht hinzustellen und von vornherein gegen das Badenwerk den Vorwurf zu erheben, als wolle es in knauseriger und unberechtigter Weise sich um seine Entschädigungspflicht herumdrücken. Das ist nicht Aufgabe des Landtages. Die Forderungen solcher Unternehmungen zu vertreten, die wie die Papierfabrik seit Jahrzehnten die Wutach auf Kilometer weit hinunter vergiften. Da sagt kein Mensch etwas. Es hat alles geschwiegen, als das Kraftwerk am Zweribachfall von Gütermann im geheimen gebaut wurde. Das haben wir erst erfahren, nachdem es fertig war, da haben alle Interessenten geschwiegen, wehe, wenn der Staat so etwas gemacht hätte, wehe, wenn der Staat an den Zweribachfall gegangen wäre. So aber haben alle Interessenten gesagt, jetzt dürfe man es nicht mehr rückgängig machen, weil schon soviel Geld hineingesteckt ist. Mit Mühe und Not ist es gelungen, einen Sonntagwasserfall zu retten. Es muß vom Samstag abend bis zum Sonntag abend das Wasser über den Fall laufen. Wo war die Badische Heimat? — Geschwiegen haben die Interessenten, als der Feldsee von einem Privatmann angezapft werden sollte, geschwiegen haben sie zu dem Projekte, das das Höllental entwässern sollte, wie leicht ist es bei Laufenburg gegangen. Wenn der Staat kommt, hat keiner etwas zu fürchten, da hat keine Zeitung den Verlust eines Inserats zu befürchten, da kann jeder für alle Interessenten gegen die Interessen des Staates auftreten (Sehr richtig!).

Dann möchte ich noch einiges zu diesen persönlichen Dingen sagen. Der Herr Abg. Ritter hat ja die Frage mit Namensnennung gestellt und es war vielleicht gar nicht schädlich, wenigstens hat die Badenwerkleitung von der Sache nichts zu fürchten. Aber den anderen, denen es doch schließlich um eine sachliche Geschäftsführung zu tun ist, sollte vielleicht gerade das doch zeigen, wohin die Erörterung von solchen Dingen führt. Er hat den Namen Haferkamp genannt. Haferkamp ist nicht entlassen worden wegen der Provisionsgeschichte, nachdem der Name genannt ist, kann man darüber sprechen. Dieser Herr Haferkamp, der in einer noblen Weise abgefunden worden ist, ist deswegen seiner Stellung enthoben wor-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

den, weil er dieser großen Aufgabe, die ihm hier gestellt war, nicht gewachsen war. Ich brauche, nachdem der Herr bei den Abgeordneten herumgelaufen ist, nicht zurückhalten. Ich bin überzeugt, Herr Haferkamp ist an jener Provisionsgeschichte unschuldig. Ich halte ihn für absolut ehrlich und ehrenhaft, aber der gestellten Aufgabe in diesem großen komplizierten Betrieb war er nicht gewachsen und er hat das mir gegenüber auch so geäußert, daß er das einsieht und zufrieden sei mit der Art, wie sein Vertrag mit dem Badenwerk gelöst worden ist. Offenbar ist er von Rudy ausgehorcht worden und die Sache wird herumgedreht.

Der Herr Abg. Ritter hat weiter behauptet, Rudy sei entlassen worden, weil er die Sache ans Tageslicht gebracht habe. Rudy kam beim Staat auf die Abbauliste und erst, nachdem er gemerkt hat, wie der Hase läuft, ist er auf diese Dinge gekommen. Wollen wir annehmen, die Sache Freudenberg wäre so, wie sie Herr Ritter vorgetragen hat — sie ist nicht so, das wird vom Regierungstisch festgestellt werden — aber wollen wir annehmen, sie wäre so, warum hat dieser Beamte diese Wissenschaft 2 Jahre und noch länger ständig bei sich behalten, warum ist er nicht zu mir als dem damals verantwortlichen Minister gekommen und hat die Dinge vorgetragen. Nun ist es etwas Leichtes, aus der Inflationszeit Dinge heranzuziehen, für die wir eigentlich jetzt die Beurteilung verloren haben. Ich denke an die Zeit, wo die erste Kohlenanleihe aufgelegt wurde, es waren Vorbereitungen getroffen um große Summen sofort wertbeständig anzulegen. Jeden Tag hat das Papiergeld, das wir für die Kohlenanleihe erhielten, an Wert verloren. Die Anleihe wurde in der ersten Stunde der Auflage um das Doppelte überzeichnet, dadurch war viel mehr Geld da als wir erwarteten, ich weiß noch, Herr Direktor Beetz von der Badischen Bank, Herr Helmle und ich, saßen in Berlin. Wir haben nachts bis 11 Uhr nach allen Ecken und Enden mit den Banken telephoniert, damit das Geld untergebracht wurde. Es ist in dieser Beziehung alles geschehen. Durch Vermittlung desjenigen Herrn, den der Herr Abg. Ritter mit Namen genannt hat, ist es dann auch gelungen, einen großen Posten Geld unterzubringen. Wir haben uns gefreut, daß es uns geglückt ist, bei diesem Königsberger Kraftwerk eine so große Summe anzulegen.

Wenn etwas bei der Angelegenheit nicht in Ordnung ist, dann vielleicht der Punkt, daß dieser Direktor eine Provision verlangt hat. Offenbar hatte er selbst das Gefühl und hat deshalb einen anderen vorgeschoben. Aber es ist nicht gerechtfertigt, deshalb dem Badenwerk einen Vorwurf zu machen — nachdem, wie heute morgen festgestellt worden ist, das Badenwerk von dieser Provision keinen Pfennig bezahlt hat. (Auf Zuruf des Abg. Ritter:) Herr Ritter, wenn Sie zugehört hätten, dann müßten Sie gehört haben und wissen, was in dieser Beziehung vom Badenwerk geschehen ist; die zweite in Betracht kommende Stelle hat der Herr Finanzminister sogar wörtlich verlesen: Es kam ein Scheck, eine Überweisung an das Badenwerk — und dieses hat ihn lediglich dorthin weitergegeben. In einem solchen Moment, wie er damals vorlag, — wo es sich um Millionenwerte handelte — darf man vor einer kleinen Provision wahrhaftig nicht zurückschrecken — zumal wenn man sie nicht einmal selber zu bezahlen hat!

Dann hat er Herr Abg. Obkircher gesagt, er spreche in diesem Fall, weil er die Akten nicht kenne, weder ein „Schuldig" noch ein „Unschuldig" aus. Herr Abg. Obkircher, dieses Wort wiegt gegen den Stand, dem Sie angehören, schwerer als das, was der Herr Abg. Ritter gesagt hat. Denn wenn der Herr Abg. Ritter gegen den Richterstand loszieht, so hat das politische Gründe; man kann auch ein gewisses Verständnis dafür haben: denn vom Richterstande sind die Kommunisten nicht immer sanft angefaßt worden. Wenn sich die Sache aber so verhält wie hier — wenn sich mit fast allen Fällen die Disziplinarkammer und auch die Gerichte befaßt hatten, wenn neben all dem noch die Untersuchung herging, die durch den Aufsichtsrat und durch die Beamten des Ministeriums geführt worden ist — dann, Herr Abg. Obkircher, darf man die Sache nicht mit einem solchen Urteil abtun. Wenn man sich selbst mit solcher Schärfe gegen einen Zeitungsartikel wendet, wie Sie — nach meiner Auffassung mit Recht — das getan haben und wenn man selber so empfindlich in bezug auf seine Ehre ist, dann muß man sich auch einmal einen Augenblick vergegenwärtigen, in welcher seelischen Verfassung sich diejenigen Leute befinden, die an der Spitze des Badenwerkes stehen und die seit zwei Jahren fortgesetzt diese Verleumdungen über sich ergehen lassen müssen (Bewegung, Glocke). Man muß doch berücksichtigen, daß all diese drei- und vierfachen Untersuchungen zum gleichen Resultate geführt haben; man muß bedenken; daß bei all diesen Untersuchungen — bei denen unabhängige Richter, bei denen das Beamtenkollegium und der Aufsichtsrat mitgewirkt haben — nichts herausgekommen ist: und dann, Herr Abg. Obkircher, ist man doch den Männern etwas mehr schuldig, als daß man sagt: „Ich kenne die Akten nicht — bitte, ich kann nichts sagen!" Wenn man für sich selber Vertrauen in Anspruch nimmt, dann muß man doch auch gegen andere ein klein bißchen Vertrauen üben (Wachsende Unruhe — Zurufe aus der Sozialdemokratie — Gegenzurufe aus der Deutschen Volkspartei — Glocke des Präsidenten). Sie sagen doch selbst auch: „Wenn ich erkläre, daß ich sachlich Stellung nehme, so hat niemand das Recht, mir politische Hintergründe und Rücksichten vorzuwerfen" (Erneute Zurufe und Gegenzurufe — Abg. Obkircher: „Ohne Kenntnis der Akten" —). Also, Herr Abgeordneter, Sie werden doch schließlich, wenn ein Gericht in Karlsruhe gesprochen hat, wenn nebenher eine Disziplinarkammer gesprochen hat zugeben, daß wirkliches Recht gesprochen wurde (Abg. Obkircher: Es war noch nicht in der zweiten Instanz!). In einzelnen Fällen hat sogar das Oberlandesgericht schon gesprochen (Abg. Obkircher: Das weiß ich nicht! das hat er nicht gesagt! — Weitere Zurufe aus der Deutschen Volkspartei — Glocke des Präsidenten —), der Herr Finanzminister hat es doch gesagt, mehrfach (Zuruf des Finanzministers Dr. Köhler — Abg. Obkircher: Ich lehne Ihre Belehrungen ab, ich brauche sie nicht! — Lachen links). Herr Abg. Obkircher, ich gebe mich auch nicht der Hoffnung hin, daß Sie einer Belehrung zugänglich sind (Erregte Zurufe und Gegenzurufe — Wiederholtes Glockenzeichen des Präsidenten), aber ich stelle hier die Tatsachen fest, ich stelle fest, daß Sie ihre Zweifel gegen die Badenwerksleitung aufrechterhalten (Glocke des Präsidenten — Der Präsident bittet um Ruhe). Nach den gemachten Feststellungen darf man doch nicht, gegen jemand einen Vorwurf, der auf Äußerungen einer Person wie Rudy aufgebaut ist, unwidergesprochen weiterbestehen lassen. Sie haben seinerzeit dem Herrn Abg. Dr. Hoffmann einen sehr scharfen Vorwurf daraus gemacht, daß er auf Redereien eines hysterischen Weibes hereingefallen ist. Sie selbst genieren sich aber hier nicht, ihre Haltung zu begründen mit Äußerungen, die von einem hysterischen Mann ausgehen! (Zustimmungsäußerun-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Engler [Sozdem.])

gen von mehreren Seiten — Widerspruch aus der Deutschen Volkspartei; Abg. Obkircher: Ich denke, vorsichtiger kann man nicht sein, als ich war!). Gewiß „vorsichtig" waren Sie, das ist richtig, das ist sehr richtig! Sie waren sehr vorsichtig! (Erregung — Glocke des Präsidenten).

Nun ist weiter kritisiert worden — und offenbar hat der Herr Abg. D. Mayer-Karlsruhe diesen Vorwurf gegen mich gerichtet — daß ich mich über die Rede des Herrn Direktors Marguerre in Mannheim geäußert habe (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Sie sind nicht gemeint gewesen! ich habe niemals ein Wort mit Ihnen darüber gewechselt; Sie sind nicht gemeint gewesen — aber Sie können es auf sich beziehen! (Heiterkeit). Gut, wenn ich auch nicht gemeint war, so besteht eben doch die Tatsache, daß ich mich kritisch zu diesen Ausführungen geäußert habe. Ich muß aber aussprechen: Es war nicht sehr taktvoll vom Herrn Direktor Marguerre, bei diesem Anlaß — wo nicht einmal Zeit bestand, eine Frage zu stellen, wo niemand da war, der eine Gegenrede führen konnte — in der Form, wie er es getan hat, diese Dinge aufzuwerfen. Die ehrliche Überzeugung des Herrn Direktors Marguerre zweifle ich in gar keiner Weise an. Einen allzugroßen Respekt vor irgend welchen Sachverständigengutachten habe ich im allgemeinen nicht. Denn auch Sachverständige unterliegen immer bestimmten Einflüssen ihrer Stellung, ihrer Umgebung. Wenn Sie einen Handelsmann hören, der ein Spezialgeschäft hat, so wird er Ihnen mit Überzeugung nachweisen, daß es besser ist, im Spezialgeschäft zu kaufen, als in ein Warenhaus zu gehen; der Inhaber eines Warenhauses wird das Umgekehrte anraten. Dabei vertreten beide ehrlich ihre Überzeugung. Wenn das nicht der Fall wäre, wenn man nicht auch jede von zwei sich widersprechenden Meinungen „ehrlich" vertreten könnte, dann müßte ja auch ein großer Teil der Abgeordneten in diesem Hause „unehrlich" sein, weil sie in gewissen Dingen eine andere Auffassung haben als der andere, während dieser andere doch immer meint, er hätte schlagend nachgewiesen, daß er recht hat. Auch bei den Sachverständigen beruht manches auf Glauben (Zuruf des Abg. D. Mayer-Karlsruhe).

Auch der Herr Direktor Marguerre hat beispielsweise in einer Zeit, wo er noch nicht Direktor eines Großkraftwerkes war, ein Gutachten über die Neckarkanalisation abgegeben; damals hat er sich dahin geäußert, daß man dort eine Kilowattstunde Strom immerhin mit 1,1 kg Kohle bewerten könne. Herr Direktor Dr. Helmle ist damals als Wasserbautechniker und als Vertreter eines Wasserwerkes auf dem Standpunkt gestanden, daß das eine optimistische Rechnung sei: bei den Fortschritten, die man in der Kohlenverwertung gemacht habe, könne man allerhöchstens 0,8 Pf. für die Kilowattstunde als Wert annehmen. Wer von beiden Herren recht hatte, will ich hier gar nicht untersuchen; ich wollte nur zeigen, daß auch Herr Marguerre seine Meinung in diesen Dingen geändert hat.

Dann hat der Herr Abg. Dr. Wolfhard einen anderen Punkt angeschnitten. Herr Marguerre hat die Meinung, das Großkraftwerk müsse vergrößert werden. Das Badenwerk dagegen war der Auffassung, es sei so viel Strom vorhanden, daß der Strombedarf gedeckt werden kann; wenn man die Werke richtig zusammenschaltet, sei es nicht notwendig, daß man das Großkraftwerk vergrößere. Wenn das richtig ist, dann ist eine Ausgabe für eine Vergrößerung nicht zu rechtfertigen. Denn wenn wir wirtschaftlich rechnen wollen, dürfen wir nicht an dem einen Ort vergrößern und dabei an einem andern Ort Wasserstrom ungenützt verpuffen lassen.

Hier kommt man zu dem anderen Punkt, zu demjenigen, der auch bei solchen Anlässen wie in Karlsruhe eine Rolle mitspielt. Es ist menschlich begreiflich — und ich mache den Herren persönlich gar keinen Vorwurf daraus —, daß der Direktor eines städtischen Elektrizitätswerkes und einer andern Zentrale eben sein Werk zur Geltung bringen will; sonst wäre er ja gar kein guter Direktor. Ich verstehe, wie gesagt, daß er sein Werk in Betrieb halten und modern ausgestalten und nicht von anderer Stelle Strom beziehen will. Aber über diese Dinge geht eben die Entwicklung hinweg. Bei den unabhängigen Wärmetechnikern ist es heute feststehende Tatsache, daß Städte von der Größe wie Karlsruhe, sobald sie die Möglichkeit haben, sich an eine Zentrale anzuschließen, eben kein eigenes Werk mehr bauen sollten, weil bei der (geringeren) Größe, eines solchen städtischen Werkes nicht die Möglichkeit vorläge, die modernen Einrichtungen auszunützen.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu dem anderen, was auch in bezug auf Karlsruhe hier angeführt worden ist. Es ist gesagt worden, das Badenwerk hätte mit den Fraktionen verhandelt. Ich habe dem Herrn Direktor Dr. Helmle sogar einen Vorwurf daraus gemacht, daß er das nicht getan hat; ich habe ihm gesagt, in einem solchen Fall muß man sich einmal mit einigen Leuten aus dem Kreis des Bürgerausschusses in Verbindung setzen, und zwar rechtzeitig in Verbindung setzen. Hätte man das in Karlsruhe zur rechten Zeit getan, dann wäre es vielleicht anders gegangen — zum Nutzen des Landes und zum Nutzen der Stadt. Denn wenn man die Karlsruher Angaben objektiv prüft, so ist selbst nach ihren eigenen Berechnungen kaum bewiesen, daß sie den Strom ebenso billig erzeugen können, wie ihn das Badenwerk liefert. Vom Badenwerk ist das bestritten und gezeigt worden, daß das nicht richtig ist. Die Verhandlungen sind aber von der Stadt — das spreche ich hier ganz offen aus — gar nicht mit dem Zweck geführt worden, mit dem Badenwerk zu einer Einigung zu kommen. Diesem Eindruck kann man sich, wenn man aus den politischen Kreisen Karlsruhes nachträglich unterrichtet worden ist, nicht verschließen.

Und nun komme ich noch einmal zu dem Herrn Abg. D. Mayer, und zwar zu dem Punkt, wo er sagte, die Anfrage habe nicht geschadet. Herr Abg. D. Mayer, durch die Anfrage ist tatsächlich zunächst so eine gewisse Bestätigung dieser umlaufenden Gerüchte gegeben worden, und dieses Entgegennehmen aller Gerüchte, diese falsche Objektivität bei der Entgegennahme all dieser Gerüchte gibt diesen ein Gewicht, das dann bei solchen Verhandlungen, wie hier in Karlsruhe, nachteilig wirkt. Was soll man denn dazu sagen, wenn in einem Bürgerausschuß damit Eindruck gemacht wird, das Badenwerk sei Stromhändler und nicht mehr Stromerzeuger! Es muß sich doch jeder, der die Elektrizitätswirtschaft verfolgt, sagen (Zuruf des Abg. Hertle): das Badenwerk muß den Zeitpunkt vorbereiten (Zuruf des Abg. Hertle), wo ihm die großen Strommengen von Niederschwörstadt anfallen; das sind 125 Millionen Kilowattstunden, die das Badenwerk abnehmen muß von dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme. 127 Millionen haben wir im letzten Jahre umgesetzt. Es ist also eine Verdoppelung dieses Stromabsatzes notwendig, wenn in jenem Zeitpunkt der Strom wirklich im Leitungsnetz des Badenwerks Verwendung finden soll. Man soll also da keinen Vorwurf machen, sondern das ist eine Vorsichtsmaßnahme, die zeigt, wie weitausschauend und reiflich alles erwogen wird.

Wenn man dann sagt, man darf für Strom kein Geld nach Westfalen geben, und gibt dann das Geld dorthin für Kohle,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. Engler [Sozdem.])

so ist das natürlich auch eine volkswirtschaftliche „Weisheit", über die man nicht viel sagen kann!

Im Karlsruher Bürgerausschuß ist öffentlich und unter der Decke mit allen diesen umlaufenden Gerüchten gegen das Badenwerk gearbeitet worden (Finanzminister Dr. Köhler: Sehr richtig!), sonst wäre dieser Beschluß gar nicht möglich geworden.

Dann möchte ich noch etwas besonders hervorheben. Es ist heute schon wiederholt mit Recht betont worden, es sei ein mutiger Schritt gewesen, als der Landtag beschlossen hat, das Murgwerk zu bauen. Es war aber ein ebenso mutiger Schritt und für das Land Baden noch segensreicher als der Murgwerkbau, daß man nach dem Krieg den Ausbau des Landesnetzes und die Stromversorgung für die dünn bevölkerten Gebiete, die vorher vom Privatkapital nicht versorgt wurden, in die Hand genommen hat. Und das haben wir der Direktion des Badenwerks zu verdanken. Damals hat weder der Landtag noch die Regierung Beschlüsse gefaßt, sondern die Sache wurde durchgeführt. Diese Gebiete wären auch heute noch nicht von einem privatkapitalistischen Unternehmer versorgt. Für den Kreis Mosbach war zweimal die Konzession erteilt, auch für andere Landesteile waren Konzessionen erteilt, aber diese Konzessionen sind nicht ausgenützt worden. Da hat man gewartet, bis das Badenwerk kam (Zwischenruf vom Zentrum).

Nun ist heute morgen gesagt worden, das Badenwerk sei teurer als die anderen. Wenn man die Städte Mannheim und Karlsruhe zum Vergleich heranzieht, dann muß man aber auch zum Vergleich heranziehen, daß diese ihren Strom auf ein paar Quadratkilometer absetzen (Finanzminister Dr. Köhler: Sehr richtig!), während das Badenwerk das ganze Hinterland, die Seegegend, einige hundert Gemeinden, versorgt. Das Badenwerk hat im letzten Jahre in der Seegegend, also im badischen Oberland, 4 Millionen Kilowattstunden Strom abgesetzt, im Hinterland 7,4 Millionen, und es hat dafür, wenn man Licht- und Kraftstrom zusammenzählt, pro Kilowattstunde einen durchschnittlichen Erlös von 11,2 Pfennig erzielt. Karlsruhe hat einen Erlös von 16,25 Pfennig und Mannheim einen Erlös von 14,28 Pfennig erzielt. Wenn man noch den anderen Strom hinzu nimmt, den das Badenwerk an fremde Werke abgibt, der natürlich billiger abgegeben werden muß, so würde sich noch ein viel geringerer Durchschnittspreis ergeben. Es soll aber hier nur verglichen werden, was vergleichbar ist. Der Lichtstrom ist für diejenigen, die die Mindestmenge verbrauchen oder gar überschreiten, im entlegensten Dorf des Odenwaldes billiger als hier in Karlsruhe; das muß doch auch einmal festgestellt werden. Und dann soll man nicht mit solchen Vorwürfen kommen! Wenn wir noch Vergleiche ziehen wollten mit anderen Überlandzentralen, die ähnliche Gebiete bedienen, die so dünn bevölkert sind, wie diese, dann würde der Vergleich noch viel besser ausfallen.

Dann ein Wort zur Tarifpolitik des Badenwerks. Das Badenwerk verfolgt in seiner Tarifpolitik das Ziel, einen möglichst großen Absatz an Strom zu erreichen, und kommt denen, die Nachtstrom verbrauchen, denen, die überhaupt ihr Leitungsnetz gut ausnützen, in der weitesten Weise entgegen. In der Stadt wird gar nicht darnach gefragt, ob einer viel oder wenig Licht verbrennt; er muß halt einen hohen Strompreis bezahlen, da gibt es keine Ermäßigung; und unsere Städte sind von jeder Tarifreform, die dahin führen könnte, im Haushalt den Strom auch noch für andere Zwecke als etwa für Licht und Bügeleisen zu verwenden, noch sehr weit entfernt (Zuruf des Abg. Dr. Wolfhard). Vielleicht rührt der Widerstand gegen den Anschluß an das Badenwerk mit daher, daß die Leute befürchten, daß sie zu einer Tarifpolitik gezwungen werden, die dem indirekten Steuersystem nicht so gut dient wie die jetzige.

Als seinerzeit das Murkwerk in Aussicht genommen wurde, da hat man die Bedeutung eines Werkes kolossal überschätzt. Der Besitz eines Werkes gibt keine Monopolstellung, sondern die Monopolstellung in der Elektrizitätswirtschaft ist begründet im Verteilungsnetz. Und was sollen nun diese Redereien von „Monopol des Badenwerks"? Das Badenwerk hat dort, wo es die Leitungsnetze hat, genau so ein Monopol, wie jede andere privatwirtschaftliche Gesellschaft eben auch ein Monopol hat, wo sie das Leitungsnetz besitzt. Deshalb war es so wichtig, daß das Badenwerk dazu übergegangen ist, Leitungen zu bauen, um damit auch auf die Stromversorgung wirklich Einfluß zu gewinnen. Die Gestehungskosten für die Kraft und die Preise, die die Verbraucher bezahlen müssen, besonders die kleinen Verbraucher von Licht und diejenigen, die nur so nebenher einmal einen Motor laufen lassen, sind ja so groß, daß es für diese gar keine Rolle spielt, ob sie Wasserstrom oder Wärmestrom haben. Der Kampf zwischen den Kraftwerken geht um Zehntels-, manchmal sogar um Hundertstelspfennige für die Kilowattstunde.

Und nun ein Wort zu den Erzeugungskosten und zu dem Streit, ob Wasser oder Kohle. Dieser Streit ist, wie ich schon sagte, für die Verbraucher vollständig müßig, und zwar auch deswegen, weil wir gar nie dazu kommen können, etwa nur Wasserkraftwerke zu bauen; denn selbst bei uns in Baden könnte man, wenn wir die Wasserkräfte alle ausbauen würden, nicht etwa die Kohle vollständig ersetzen, sondern wir können nur einen großen Teil der Kohle, die in Baden verbraucht wird, ersetzen. Wenn man hier Vergleiche ziehen will, dann muß man natürlich Vergleichbares vergleichen. Und da ist nun z. B. beim Schluchsee die Frage gar nicht die, ob wir die Kilowattstunde Strom am Schluchsee billiger erzeugen können, als sie etwa bei durchgehendem Betrieb in Mannheim erzeugt wird, sondern die Frage ist die: kann eine Großkraftzentrale in Mannheim den Spitzenstrom, die großen Schwankungen, die es im Stromverbrauch gibt, so billig liefern, wie sie aus einem Wasserspeicher geliefert werden könnten? Es ist heute morgen an mich die Frage gerichtet worden, ob man denn nicht durch den Ausbau eines weiteren Rheinkraftwerkes den Schluchseebau überflüssig machen könnte (Finanzminister Dr. Köhler: Unglaublich, eine solche Frage!). Dem muß man nur antworten, daß der Bau des Schluchseewerkes erst einen Sinn bekommt mit dem Ausbau der Oberrheinkräfte. Es ist das ein ganz einfaches Rechenexempel. Wenn uns z. B. in Niederschwörstadt im Jahresdurchschnitt eine gewisse Anzahl — sagen wir 12 000 Kilowattstunden Strom anfällten, so fallen uns die Tag und Nacht, Sonntag und Werktag an; wenn wir uns allein auf dieses Werk einstellen, dann müßten wir fragen, an welchen Tagen im Jahr haben wir den höchsten Stromverbrauch und könnten nur so viel Abnehmer anschließen, als an diesen Tagen versorgt werden können. Die Höchstabnahme würde nur an wenigen Tagen und wenigen Stunden erfolgen. Aller Strom, der über das hinausgeht, nachts oder Sonntags, oder auch bei Tag, ginge verloren. Anders kann dieses Werk in Verbindung mit dem Schluchseewerk wirken, denn da kann es Abnehmer anschließen, soweit ihm der Grundstrom ausreicht, denn jede Spitze, die es in einer Abendstunde braucht, oder in den Zeiten der Wasserknappheit braucht, wird von dem Spitzenwerk geliefert. Dadurch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

ergibt sich eine viel bessere Verwendungsmöglichkeit für den Strom, das Werk kann auch deswegen wirtschaftlicher arbeiten, weil der Teil des Stromes, der auch dann noch nicht abgesetzt werden kann, zum Aufpumpen von Wasser nach dem Schluchsee verwendet wird. Das Werk schafft sich dadurch selber eine Reserve.

Der Herr Abg. Obkircher hat gemeint, es müsse möglich sein, Nacht- und Sonntagstrom auch sonst zu verwenden. Das ist eben nicht möglich. Der Herr Direktor Haas von Rheinfelden hat mir erst vor einigen Wochen im Eisenbahnwagen auseinander gesetzt, daß selbst im wasserarmen Jahre 1921, wo ein Mangel an Strom vorhanden war, jede Nacht noch beträchtliche Mengen an Strom nutzlos verpufft sind, weil die Verbrauchsschwankungen in der Zeit von nachts 12 Uhr bis früh 3 Uhr gegenüber der Tageszeit so ungeheuer groß ist, daß es dafür auch in einer Aluminium- oder Karbitfabrik keinen Ausgleich geben kann, weil auch diese Fabriken sich nicht auf die stärksten Stromschwankungen einstellen können.

Der Herr Abg. Dr. Wolfhard hat dann eine Menge Fragen für die Denkschrift gestellt. Herr Abg. Dr. Wolfhard, auch wenn wir alle diese Fragen beantworten, dann kommt ein Argument, gegen das niemand aufkommt, und das heißt: Ich glaube es nicht (Heiterkeit). Bei Ihnen nicht, aber bei gewissen Leuten kommt dieses Argument, und gegen dieses Argument kann niemand aufkommen (Zuruf: Das ist richtig!), und dann muß es beim Aufstellen von Berechnungen und Prüfungen und beim Anhören von Sachverständigen einmal ein Ende haben, sonst kommt man nie an die Arbeit. Ich habe jetzt amtlich mit diesen Dingen seit einigen Jahren zu tun, und ich kann feststellen, die besten Sachverständigen der badischen Regierung auf diesem Gebiet waren immer die Direktoren des Badenwerks. Wir haben in den Direktoren des Badenwerks zwei Personen, die sich in ausgezeichneter Weise ergänzen, und nach alledem, was in den letzten Jahren über die Herren gegangen ist, werden Sie mir es nicht übel nehmen, wenn ich mich für verpflichtet halte, ein Wort zu ihrer Verteidigung und zu ihrer Stellung zu sagen. Der Herr Direktor Dr. Helmle wird in allen Elektrizitätswirtschaftskreisen als ein Organisator ersten Ranges anerkannt, ein Mann, der die Entwicklung auf dem Gebiete der Elektrizitätsverteilung und der Elektrizitätserzeugung eingehend beobachtete und daraus auch für die Zukunft immer gute Schlußfolgerungen zieht. In dem Herrn Direktor Fettweis haben wir eine Person, die in dem Maschinen- und Wasserbau für Elektrizitätswerke eine so ausgezeichnete Kraft darstellt, daß wir von dem bei manchen Bauwerken üblichen Aufbauen und Wiederwegreißen in weitem Maße bewahrt werden, und es werden uns dadurch nicht nur Tausende, sondern Hunderttausende von Mark gespart. Wir haben unter unseren Technikern in der Oberdirektion und bei den Technikern, die von dort zum Badenwerk gegangen sind, Kräfte, um die sich die Privatindustrie schon die größte Mühe gegeben hat. Wir können sie natürlich nicht bezahlen, wie sie bei der Privatindustrie bezahlt würden, auch nicht beim Badenwerk, aber sie sind im Dienst geblieben, weil es ihnen Freude macht, an dem großen Werke zu arbeiten, weil sie glauben, da ihre Kräfte entfalten zu können. Deshalb sollte man auch in der Kritik ein gewisses Maß halten. Ich wundere mich z. B., wie hier der Herr Dr. Marguerre, der ja noch nicht einmal den hundertsten Teil dessen angegriffen worden ist, wie unsere Direktoren, gegen die leiseste Kritik warm verteidigt wird, warum immer nur hier sich das warme Herz einstellt, warum nicht auch für die Direktoren des Badenwerks, für die Personen, die im Dienste des badischen Staates stehen.

Der Herr Finanzminister hat gesagt, daß in Bälde die Denkschrift über das Schluchseewerk vorliege. Der Herr Finanzminister ist, soviel ich bemerkt habe, mißverstanden worden, indem man sagte, er hätte erklärt, das Schluchseewerk werde so rasch wie möglich gebaut. Der Herr Finanzminister hat nach meiner Auffassung gesagt, daß, wenn das Schluchseewerk notwendig ist, um die Elektrifizierung der Bahnen durchzuführen, dann nicht gezögert werden darf mit dem Bauwerk (Finanzminister Dr. Köhler: Sehr richtig!). Im übrigen kann ich Ihnen mitteilen, daß schon längst im Aufsichtsrat des Badenwerks beschlossen ist, die angefangenen Arbeiten am Schluchsee zu einem Abschluß zu bringen; denn sie sind jetzt soweit gediehen, daß, wenn mit dem Bauen begonnen werden kann, gleich auf allen Stellen mit der größten Raschheit gebaut werden kann. Also es ist nicht so, daß wir fertige Beschlüsse hätten. Ich darf Ihnen auch versichern, daß alles das, was Herr Dr. Marguerre und was andere Kritiker über das Schluchseewerk gesagt haben, im Rahmen der Badenwerksleitung des Aufsichtsrats und der Ausschüsse auch erörtert wurde. Ich habe noch nie von einem solchen Kritiker einen Gedanken gehört oder gelesen, der nicht auch schon in den Kreisen des Badenwerks seine Erörterung gefunden hätte. Die Kritiker sind der Meinung, sie hätten etwas Neues entdeckt. Es geht ihnen wie dem Freiburger Dichter, der eine neue Feuerwehrleiter erfand und nicht gewußt hat, daß zehn Jahre vorher ein Magirus die Erfindung schon gemacht hatte, und daß sie schon bei vielen Feuerwehren vorhanden war.

Es ist dann getadelt worden — der Herr Abg. Obkircher war es, der sagte —, die Gesellschaftsform sei es, die das Mißtrauen hervorgerufen habe und es sei notwendig, daß der Landtag eine schärfere Kontrolle ausübe. Es ist dieser Standpunkt etwas eigentümlich von einem Angehörigen der Deutschliberalen Partei. Vor dem Kriege hatten wir auf den Rathäusern und überall gerade mit dieser Partei einen schweren Kampf zu führen gegen die sogenannten gemischtwirtschaftlichen Betriebe. Dort hat es geheißen: Das führt zu fortgesetztem Bremsen und Aufhalten, wenn im Bürgerausschuß alles mitzureden hat. In dem gemischtwirtschaftlichen Betrieb, bei dem Aufsichtsrat und Vorstand in aller Freiheit entscheiden können, sei ein besseres Funktionieren zu erwarten. Ich habe damals schon erklärt: warum soll der Bürgerausschuß ein größeres Zutrauen haben zu einem Aufsichtsrat, den er nicht wählen darf, als zu einem Ausschuß, den er selbst wählen kann?

So liegt es auch hier. Es wird gesagt, der Landtag habe keinen Einfluß. Der Landtag hat Einfluß genommen auf die Preisgestaltung; alle Auskünfte, die verlangt wurden, sind gegeben worden, und wenn die Denkschrift vorgelegt wird mit einem Projekt, so dürfen Sie glauben, daß das nicht erst in den letzten 14 Tagen beschlossen worden ist, sondern das bedarf langer Vorbereitungen, und das wäre gekommen, ohne daß ein Druck ausgeübt worden wäre. Es handelt sich doch darum, in welcher Form kann bei einem solchen Betriebe die Demokratie zur Geltung kommen. In einem Verein mit 20 Mitgliedern können alle mitstimmen, in einem kleinen Konsumverein ist die Generalversammlung die Versammlung der Mitglieder. In einem Konsumverein, wie in Karlsruhe, wo 24 000 Mitglieder sind, hörte diese Form von Demokratie auf. So geht es hier. Die heutige Debatte zeigt doch, daß, wenn wir uns eingehend mit allem beschäftigen wollen, so wird bei jeder Arbeiterentlassung hier im

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Dr. **Engler** [Sozdem.])

Landtag eine Debatte darüber entstehen, ob sie berechtigt oder nicht berechtigt ist. Das geht nicht, aber der Landtag wählt die Regierung, der Landtag hat es in der Hand, die Regierung zu zwingen und wenn die Regierung seinen Wünschen im allgemeinen nicht Rechnung trägt, kann er die Regierung stürzen (Zuruf). Wenn die Mehrheit des Landtags kein Zutrauen hat, so wird es geschehen und Sie dürfen fest überzeugt sein, daß, so gut wie Sie von der Opposition heute morgen für sich in Anspruch nahmen, daß Sie nicht politische Rücksichten walten lassen, daß auch wir das nicht tun. Wir verlangen eine sachliche Leitung. Die Regierung bestimmt den Aufsichtsrat. Im Aufsichtsrat sind zwei Drittel Beamte und drei Personen von außerhalb genommen; man hat diese als politische Vertreter bezeichnet, sie wurden aber seinerzeit nicht als politische Vertreter hineingewählt. Der eine war der Vertreter für die Städte, der andere für die Industrie und der dritte für die Landwirtschaft. Sie werden nun allerdings kaum Männer finden, die für diese Posten geeignet sind, die nicht eine politische Überzeugung haben (Zuruf des Abg. Klaiber). Es mag Kreise geben, die dafür kein Verständnis haben, Herr Klaiber, daß es so etwas wie politische Überzeugung gibt (Zuruf bei der Bürgerlichen Vereinigung: Wir bewundern den Zufall bei der Verteilung der drei Sitze!). Herr Abg. Klaiber, früher hat es andere Zufälle gegeben; es gab in Baden einmal eine mächtige Partei und zufällig gehörten immer die, die in diese Körperschaften gewählt wurden, dieser Partei an. Es wird niemand sagen können in dem vorliegenden Falle, daß es einseitig geschah. Bei der großen Parteizersplitterung — Sie sind allein drei Parteien da drüben — da kann man nicht aus jeder Gruppe einen Aufsichtsrat nehmen. Aus der Zeit, wo ich die Sache amtlich zu vertreten hatte, kann ich konstatieren, daß ich keinen Aufsichtsrat kenne, wo mit einem solchen Fleiß und einer solchen Hingabe für die Sache gearbeitet wurde, wie im Aufsichtsrat des Badenwerks. Die technische Sache wird vom technischen Ausschuß, in dem unsere besten badischen Techniker sitzen, mit einer Umsicht und Vorsicht bearbeitet, die aller Hochachtung wert ist. Man kann aber bei allem Entgegenkommen, das gewünscht wird für die Öffentlichkeit, doch nicht in jedem Stadium der Projektierung immer wieder vor die Öffentlichkeit treten. Sie werden sehen, wenn das Projekt kommt, das Ihnen in 14 Tagen vorgelegt wird, daß das sehr wesentlich abweicht von allen früheren Projekten, weil man die wirtschaftliche und vor allem die technische Entwicklung dabei berücksichtigt hat.

Gewiß, wenn das Schluchseewerk gebaut wird — und ich persönlich glaube, daß die wärmetechnische Entwicklung nicht so geht, daß das Schluchseewerk aus dem Feld geschlagen werden kann —, wird ein Eingriff in gewisse natürliche Anlagen des Schluchsees und seiner Umgebung vorgenommen werden müssen, aber das ist bei allen Bauwerken der Fall und ein klein bißchen darf man die Schönheit eines Stauweihers und die Schönheit eines Ingenieurbaues auch in Berechnung stellen. Die Gegend da droben ist nicht so sehr bekannt. Ich weiß sehr viele Leute, die haben erzählt von den wunderbaren Felspartien, die sie in den bayerischen Alpen gesehen haben, von den wunderbaren Felspartien im Schwarzatal, und von den wunderbaren Partien im Schlüchttal, die in keiner Weise tangiert werden, wissen sie nichts, genau so, wie viele Leute erst erfahren haben, daß es bei Lauffenburg etwas so Wunderschönes gibt, nachdem in den Zeitungen gegen das Kraftwerk protestiert worden ist. Man muß gewisse Eingriffe machen und auch die Gewerbetreibenden müssen sich eine Umstellung gefallen lassen, die nicht zu ihrem Schaden zu sein braucht und sein wird. Die Verbauung des Seeufers am Titisee hat die Naturschönheit und die Betrachtung der Naturschönheiten viel mehr beeinträchtigt als manches Kraftwerk. Wenn man an die Frage herantritt, darf nicht vergessen werden, was mit den gewonnenen Kräften geschaffen wird. Wenn wir unsere Städte langsam rauchfrei machen und unsere Wohnungen rauchfrei werden, Gewerbe und Landwirtschaft und schließlich bei einer richtigen Tarifpolitik unsere Hausfrauen Erleichterungen für ihre Arbeit erhalten, so ist das etwas, was gewisse Schönheiten in der Natur, deren Verlust an sich ja zu beklagen ist, wiederum aufwiegt.

Schließlich möchte ich noch mit einem Worte zur Elektrifizierung der Bahnen kommen. Hier ist die Frage aufgeworfen worden, ob das Schluchseewerk den Strom für die Bahnen liefern könnte. Das Schluchseewerk soll den Strom für die Bahnen nicht liefern, hier betone ich noch einmal, der Grundstrom für alles muß, soweit Wasserkräfte in Frage kommen, vom Rhein geliefert werden. Aber auch für die Eisenbahn wird der Stromverbrauch großen Schwankungen unterworfen sein, so daß sich der Bedarf an Spitzenkraft noch erhöht. Wer die Neigung hat, der sehe sich an einem Tag, an dem das Murgwerk nur Spitzenkraft liefert, einmal die Karte der Kraftlieferung an und vergegenwärtige sich, was es für ein Wärmekraftwerk heißen würde, derartige Spitzen zu liefern. Die Leistung des Murgwerkes ist aber klein gegenüber dem, was das Schluchseewerk als Ergänzung der Rheinkraftwerke liefern soll und kann. Das Schluchseewerk ist eine Ergänzung der Oberrheinwasserkräfte und wäre ohne diese unrentabel.

Damit möchte ich meine Ausführungen über diesen Punkt schließen und Sie alle dringend bitten, im Interesse des Badenwerks, im Interesse einer gesunden Fortentwicklung unserer Stromversorgung doch nicht immer auf Gerüchte einzugehen, die von Leuten ausgehen, die für den Staat und die Allgemeinheit noch kaum eine Stunde ihres Lebens geopfert haben. Treten Sie hinter die Personen, die mit Eifer und treuer Pflichterfüllung an der Sache arbeiten, dann wird es zum Wohle des Landes sein (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. **Fischer**-Unterlauchringen (Zentr.):

Der Antragsteller D. Mayer-Karlsruhe hat heute bei Stellung seines Antrages auf die Notlage der Bewohner dieser Gegend abgehoben. Ich bin der Überzeugung und Auffassung, daß man nicht von einer Notlage in einzelnen Bezirken sprechen kann, sondern daß nur der Bezirk, soweit er für das Schluchseewerk in Frage kommt, von dieser Angelegenheit betroffen wird. Ich bin weiter der Auffassung, daß in der Gegend, die es betrifft, in den letzten Jahren eine gewisse Mißstimmung in unserer Bevölkerung herrscht.

Ich muß hervorheben: In Anbetracht dessen, daß von verschiedenen Seiten die Sache aufgegriffen worden ist, hat die Beunruhigung leider einen guten Boden gefunden. Ich muß aber weiterhin betonen, daß die Ausführungen, die im Verlaufe des heutigen Vormittags der Herr Abg. Obkircher gemacht hat, zu meinem Bedauern auch nicht geeignet waren, die Gemüter zu beruhigen (Zuruf). Trotzdem die Darlegungen vornehm gehalten waren und daraus hervorging, wie Sie, Herr Abg. Obkircher, als alter Beamter wirklich an der alten Heimat hängen, muß ich sagen, daß die Beunruhigung, die seit einigen Jahren in dieser Bevölkerung herrscht, dadurch nicht abgeschwächt werden wird. Gewiß werden Sie glauben, Sie hätten dem Bezirk etwas Gutes getan; aber wir wollen doch einmal die Pressestimmen der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Fischer-Unterlauchringen [Zentr.])

nächsten Tage abwarten: Daraus werden Sie dann entnehmen und schließen können, daß abermals Beunruhigung in die weitesten Volksschichten hineingetragen worden ist.

Wenn in dieser Gegend ein Werk von einem so großen Ausmaß gebaut werden soll, so kommen natürlich, wie überall, auch bei uns gewisse Interessentengruppen in Frage. Diese Gruppen, die innerhalb der Bevölkerung bei uns in Betracht kommen, sind die Industrie, dann aber auch die Landwirtschaft und in gewissem Umfang die Fremdenindustrie. Wir haben im Verlauf der letzten Jahre eine ganze Anzahl von Versammlungen in dieser und jener Angelegenheit abgehalten; meistens waren sie einberufen vom Badenwerk, dann aber auch von der Industrie, von verschiedenen Bezirksämtern; sie wurden zusammenberufen, um Stellung in diesen Fragen nehmen zu können. Man muß anerkennen, daß die erste Versammlung, die in dieser Angelegenheit stattgefunden hat, diejenige von Neustadt war, bei der sich hauptsächlich die Industrie äußerte. Nun hat auch der Herr Abg. Obkircher heute darauf hingewiesen, daß dort oben eine große Fabrik besteht. Er hat mitgeteilt, daß diese Fabrik mehrere hundert Arbeiter beschäftigt, und ich will doch nachtragen, daß seinerzeit in einer der erwähnten Versammlungen der Herr Direktor ausgeführt hat: Wir haben diese Fabrik beinahe zwanzig Jahre über Wasser gehalten; jedes Jahr haben wir zugelegt (Zuruf:) wir haben das getan, damit die Arbeiter, die hier am Platze sind, zusammengehalten werden.

Es ist nun bei uns droben ausgesprochen worden, daß, wenn alle diese Folgen für den Bezirk und für die Gegend eintreten sollten, wie sie heute dem Hohen Hause ganz besonders vom Herrn Abg. Obkircher vorgetragen worden sind, daß denn der Gedanke des Schluchseewerkes für uns unannehmbar wäre: Sollte es wirklich soweit kommen, daß für die Zukunft unsere schönen Schwarzwaldtäler (wie das Tal der Wutach, der Schlücht, der Steina, der Mettna) vollständig von Wasser entblößt wären und veröden würden, dann wären wir — wenn wir auch Parteien angehören, deren Vertreter heute mit in der Regierung sind — die ersten, die sich dagegen sperren, die sich mit Händen und Füßen wehren würden, damit ein solches Werk nicht zum Ausbau kommt. Es ist gerade in der Neustadter Versammlung auch über diese Seite der Frage gesprochen, und es ist damals in Neustadt von sachverständigen Stellen darauf hingewiesen worden, welche Entnahme des Wassers von der Wutach für die Zukunft in Frage käme. Darnach würde künftig eine Verminderung der Wasserzufuhr in Frage kommen für:

Neustadt 14,5 Proz.,
Stalleg 11 Proz.,
Stühlingen 7,8 Proz.,
Horrheim 3,8 Proz.,
Lauffenmühle 3,0 Proz.

Ich bin überzeugt, daß vor allem die Kreise der Industrie an der unteren Wutach, auch wenn das Werk gebaut würde, nicht in dem (von ihnen befürchteten) Ausmaß Schaden leiden würden.

Nun mußte ich aber gerade in Beziehung auf diese Vertreter der Industrie an der unteren Wutach eine bestimmte Wahrnehmung machen — und ich habe sie gemacht, seitdem diese Frage bei uns droben im Vordergrund des öffentlichen Lebens steht —; sie geht dahin, daß die Vertreter der Industrie an der unteren Wutach diejenigen sind, die bei der Sache Geschäfte machen wollen. Ich habe die Versammlung in Häusern mitgemacht, ebenso die im Bezirksamt St. Blasien und die in weiteren; ich muß hier feststellen, daß die Ausführungen, die damals den Vertretern gegeben wurden, ruhig und sachlich gehalten waren; ich muß auch anerkennen, daß die Regierung gezeigt hat, wie ihr wirklich daran gelegen ist, alle diejenigen Schäden und all diejenigen Ausfälle, die da und dort eintreten würden, gutzumachen. Wir sind freilich auch alle der Überzeugung, daß dann und wann eine Wasserindustrie zum Umstellung kommt. Gewiß, ich gehe auch darin mit Ihnen einig, daß die Industrien droben bei uns keine leichte Aufgabe und keinen leichten Stand haben. Schon zu verschiedenen Malen haben wir hier im Hohen Hause die Verhältnisse droben bei uns im Schwarzwald überhaupt betrachtet und uns klar gemacht; wir haben die Bahn- und Postverhältnisse und was sonst alles damit zusammenhängt, besprochen. Es wird zugegeben, daß es für einen Unternehmer wirklich keine angenehme Arbeit ist, droben ein industrielles Werk zu führen. Ganz besonders müssen wir anerkennen, daß eben diese Industrien bisher die Wasserkräfte uneingeschränkt an Ort und Stelle gehabt haben. Aber dessen ungeachtet sind wir überzeugt, daß es hier den maßgebenden Regierungsmännern gelingen wird, die Industrie, auch wenn weniger Wasser kommt, einigermaßen zufriedenzustellen. Was also diese Angelegenheit betrifft, so bin ich der Überzeugung, es werde nicht so schlimm ausfallen, wie die Führer der Industrie sagen; es ist ja gerade durch ihre Äußerungen großes Aufsehen erregt und die ganze Gegend beunruhigt worden.

Nun haben wir in unserem Bezirk aber auch zum großen Teil Landwirtschaft, und soweit diese in Betracht kommt, bin ich der Überzeugung, daß man hier nicht mit Strom abhelfen, daß man auch nicht mit Kalidünger aufhelfen kann: Hier muß eben einfach Wasser her! Ich kann sagen, daß ich auch alle die Versammlungen mitgemacht habe, auf denen dieser Teil des Schluchseegedankens besprochen wurde und daß mir alle einschlägigen Ausführungen bekannt sind. Ich muß anerkennen, daß die maßgebenden Männer der Regierung, die maßgebenden Vertreter des Badenwerks das Wasser für die Bewässerung der Wiesen auch für die Zukunft garantiert haben. Ich bin überzeugt: Wenn man mit Zusagen so weit geht, dann sollte es einigermaßen möglich sein, daß Beruhigung in die Bevölkerung hineingetragen werden könne (Sehr richtig!). Leider aber muß ich gerade in dieser Beziehung doch auch feststellen, daß man im Verlauf der letzten Wochen, und zwar im unteren Wutachgebiete abermals Versammlungen in dieser Angelegenheit einberufen hat, ohne daß man die maßgebenden Führer der Landwirtschaft davon in Kenntnis gesetzt hat; mit anderen Worten: Man hat sie einfach ausgeschaltet (Zuruf: Wer?). Wir wollen ehrlich sein: Ich könnte Namen nennen — ich will es aber unterlassen (Abg. Hofheinz: Wer hat sie denn einberufen?). Auch wer sie einberufen hat, kann ich sagen: Industrielle haben es getan; von Industrieseite ist einberufen worden. Die maßgebenden Führer der Landwirtschaft aber sind nicht eingeladen worden. Ich bin jedoch der Auffassung, daß in unserem Gebiet droben die Industrie zahlenmäßig so klein ist, daß sie etwas Ersprießliches nicht durchsetzen kann und daß man neben der Industrie auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen muß. Sie ist allerdings zahlenmäßig etwas gewachsen; aber nach außen hin bedeutet sie nur dann etwas, wenn sie mit der Landwirtschaft sich zusammenschließt.

Ich bin also der Überzeugung, daß das große Werk, das von so einschneidender Bedeutung für den Bezirk sein soll, ein Gebot der Stunde ist und sein muß; daß alle Stände miteinander arbeiten sollten, sowohl der Bauer wie der Indu-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Fischer-Unterlauchringen [Zentr.])

strielle. Wenn man in dieser Weise vorgeht, wenn wir dieser Forderung nachkommen, dann — davon bin ich überzeugt — werden auch die maßgebenden Kreise der Regierung überall Hand ans Werk legen, wo es gilt, wirklich Schäden für die Zukunft auszubessern oder hinanzuhalten.

Unter anderem ist von dem Herrn Abg. Obkircher auch darauf abgehoben worden, daß in der Zukunft die Fremdenindustrie auf dem Schwarzwald durch das Schluchseewerk sehr benachteiligt sein werde. Diese Frage ist ganz besonders in der Versammlung in Häusern besprochen und es ist betont worden, daß in der Folge die Fremdenstadt St. Blasien einen, um mich so auszudrücken, der größten Ausfälle erleiden würde. Es ist damals in den maßgebenden Kreisen unseres Bezirks mitgeteilt worden, daß man außerhalb St. Blasiens die Alb ebenfalls für das geplante Werk benützen würde, indem man sie vermittels eines Pumpwerks bis auf den Schluchsee hinaufhebt, so daß also bis Albbruck die Alb zum Teil trocken liegen würde. Man hat darauf hingewiesen, daß dann anschließend an St. Blasien ein gewisses Stauwehr da sei; dieses erzeuge eine Unmasse Nebel — und das sei von größtem Nachteil für die Fremdenstadt St. Blasien. Auch über diese Angelegenheit ist verhandelt worden; die Herren Regierungsvertreter haben erklärt, daß man zurzeit überhaupt noch nicht daran denke, die Alb außerhalb St. Blasiens in dieser Richtung abzulenken, zu heben und das Wasser wegzunehmen (Steigende Unruhe — Glocke des Präsidenten). (Zu Abg. Obkircher gewendet:) Und wenn Sie heute morgen auf die unangenehmen Folgen des Schluchseewerks, die sich in Gestalt von Wasserverarmung ergeben könnten, abgehoben haben, dann muß ich sagen: ich bin überzeugt, daß innerhalb eines Jahres diejenigen Tage gezählt sein werden, wo wirklich das Schluchseebecken leer sein wird. Ich bin weiterhin überzeugt, daß in der Zeit, wo wirklich einmal das Schluchseebecken leer ist, von einem aufsteigenden und gesundheitsschädlichen Nebel gar keine Rede sein kann. Denn es kann höchstens ... mal leer sein während der Zeit, wo es von einer solchen Unmenge Schnee zugedeckt ist, daß man den See überhaupt nicht mehr sieht. In dieser Beziehung hätte ich keine Bange für die Zukunft.

Ich gebe zu, daß wir jedes Jahr eine gewisse Anzahl von Fremden haben; ich gebe ferner zu, daß diese Fremden sich immer gerne da aufhalten, wo ihnen Flüsse gewisse Annehmlichkeiten bieten. Ich gebe aber nicht zu, daß wirklich die Täler im großen und ganzen, wie es im Verlauf des heutigen Morgens hier behauptet und geschildert worden ist, nun in Zukunft wasserarm dastehen werden.

Einen wichtigen Gedanken habe ich ja allerdings schon ausgesprochen und möchte ihn hier wiederholen: Wollten wir hier im Hohen Hause und in der Presse verteidigen, daß das Wasser der Zuflüsse vom südlichen Schwarzwald im Anschluß an die Errichtung des Schluchseewerkes aus den Bezirken herausgenommen wird, so daß in der Zukunft unsere schönen Schwarzwaldtäler trocken gelegt wären, dann hätten wir den Bezirken und dem Badenwerk einen schlechten Dienst erwiesen. Auch gegen überstürzte Ausführung des Gedankens haben wir uns daher jederzeit und bei allen Stellen ausgesprochen.

Der Herr Abg. Obkircher hat heute morgen auch den Wunsch geäußert, daß man die Rheinkraftwerke etwas mehr fördern möge (Zuruf). Sie haben darauf abgehoben, daß von den Vorarbeiten für die Rheinkraftwerke zurzeit nichts mehr zu hören sei. Ich kann Ihnen mitteilen (Glocke des Präsidenden), daß, wenn Sie heute von Basel nach Konstanz hinauffahrend, einen Blick auf den Rhein werfen, Sie jetzt schon eine Inangriffnahme, heute schon eine allerdings nicht große Strecke sehen, wo Vorarbeiten gemacht werden für das dortige Kraftwerk. Ich kann Ihnen weiter die Mitteilung machen, daß die gesamte Bevölkerung des Schwarzwaldes, ganz besonders des Hotzenwaldes sich darauf freut, wenn sie dort oben Arbeit bekommt, weil der erwähnte Plan ausgeführt wird. Ferner kann ich Ihnen die Mitteilung machen, daß in dieser Beziehung die Sache dort oben durch Förderung von seiten der Verwaltungsbehörde des Bezirks, schon so weit gediehen ist, daß feststeht, es werde von den betreffenden Unternehmern hüben wie drüben in erster Linie Schwarzwaldbevölkerung eingestellt werden, damit unter allen Umständen dieser in ihrer wirtschaftlichen Notlage geholfen wird. Die Leute sagen sich selbst, daß sie dadurch für die Zukunft Arbeit bekommen (Lebhafter Beifall beim Zentrum).

Abg. Duffner (Zentr.):

Wollen Sie mir, als einem Vertreter eines Teils des hier in Betracht zu ziehenden Bezirks, gestatten, einige grundsätzliche Ausführungen zu machen. Auf Einzelheiten will ich dabei nicht eingehen, nach den Ausführungen, die wir soeben von meinem Freund Fischer gehört haben, und auch nach den Beratungen, die wir vor einem Jahre hier gepflogen haben.

Damals ist am 5. November 1924 die Förmliche Anfrage Wittemann und am 7. November 1924 die Förmliche Anfrage Dr. Hanemann dem Landtage vorgelegt worden. Beide haben sich mit dem Schluchseewerk beschäftigt, und am 10. Februar 1925 hat der Herr Finanzminister diese beiden Anfragen beantwortet. Er hat in seiner Antwort das große Projekt der Ausnützung des Schluchsees als Großspeicherwerk für die Zwecke der badischen Wasserwirtschaft im besonderen behandelt und die Entwicklung und die Ziele speziell des Schluchseewerkes dargelegt. Den Fraktionen ist damals Gelegenheit gegeben worden, sich zu der Frage zu äußern; es ist aber über die Begründung der Interpellationen nicht hinausgegangen worden. Sie wurden vielmehr dem Haushaltsausschuß überwiesen. Namens meiner Fraktion hatte ich Stellung zu der Frage genommen, und was ich vor einem Jahre ausgeführt habe, vertrete ich heute noch.

Die ablehnenden Stimmen sind nun im Laufe der Zeit nicht verstummt, sie sind vielleicht durch die Indiskretionen des Herrn Rudy noch gewachsen. Der Herr Minister hat heute früh diese Indiskretionen in das rechte Licht gerückt, und die Rede des Herrn Ministers dürfte wohl bei allen denen, die objektiv denken können, das richtige Verständnis finden.

Auch in der Rede des Vertreters der Deutschliberalen habe ich ein gewisses Entgegenkommen gefunden. Trotz seiner Kritik will er offenbar nicht eine restlose Ablehnung des Schluchseewerkes, sondern eine sorgsame, ernsthafte und gründliche Prüfung des ganzen Projekts, wie auch wir es wollen und wie auch ich es vor einem Jahre auch für uns und von uns aus verlangt habe. Wenn ich die Ausführungen des Herrn Kollegen Habermehl vom vorigen Jahre neben die Darlegungen des Herrn Kollegen D. Mayer-Karlsruhe von heute stelle, so finde ich auch hier im allgemeinen die gleiche Tendenz. Und was die beiden Vertreter der Sozialdemokratie und der Demokratie ausgeführt haben, geht ebenfalls wieder die gleichen Wege. Mir will scheinen, daß das auch die Wege unserer Regierung sind, die doch das allergrößte Interesse daran hat, daß das Werk, dessen Projekt sie uns vorlegt und das sie durchführen will, die sorgsamste Prüfung schon auch ihrerseits erfährt. Also

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. Duffner [Zentr.])

ich finde eigentlich eine Divergenz in der Haltung des Landtags gegenüber der Regierung nicht.

Ich habe damals auch ausgeführt, daß ein Problem von einem so gigantischen Ausmaß mit Bewunderung und Sorge zugleich erfüllen muß; und das ist eigentlich durchaus selbstverständlich. Ich habe damals in den Vordergrund die Frage nach der Rentabilität gestellt: das Werk müsse sich selbst tragen, es dürfe niemals zu einem Zuschußunternehmen werden. Das ist eine Auffassung, die doch auch die Regierung vertreten muß. Es läuft also auch das alles direkt in derselben Richtung, wie die Interessen der Aktiengesellschaft Badenwerk und Schluchseewerk.

Ich bin vor einem Jahre auf die großen Sorgen wegen der Trockenlegung des Feldberggebietes eingegangen. Vorhin hat sich mein Freund Fischer darüber ausgesprochen, daß die Landwirtschaft des Bezirks in dieser Richtung entsprechende und befriedigende Auskünfte erhalten hat, und er hat dann weiter auch auf die industriellen, die landwirtschaftlichen, die fremdengewerblichen und auch auf die ästhetischen, die heimatlichen Bedenken, die der ganzen Frage gegenüberstehen, hingewiesen. Ich will das alles nicht noch einmal wiederholen. Aber das darf ich doch noch einmal sagen: möge die Regierung sich von dem glänzenden Relief, das diese riesige, großartige Frage, aufgerollt in einer Zeit des schwersten Niederbruchs und des schwersten finanziellen und wirtschaftlichen Drucks —, möge sich die Regierung von dem glänzenden Relief, das diese Frage umgibt, nicht blenden lassen!

Es liegt ja nun eine lange Zeit vor uns, in der das Werk zur Vollendung gelangen soll. Aber ich entnehme dem, was wir heute gehört haben und was in der Vorlage steht, auch das, daß es schon jetzt in den Dienst der produktiven Erwerbslosenfürsorge, wenigstens zu einem gewissen Teil, gestellt werden soll.

Ich bin auch der Meinung, daß das sorgsam Geprüfte und dann einmal als richtig Erkannte auch ohne Zaudern durchgeführt werden soll — aber nach Maßgabe der vorhandenen Mittel und ohne jeden Eingriff in die laufenden Mittel des Staates! (Abg. Klaiber: Sehr richtig!).

Ich bin aber auch weiter der Meinung, daß das Schluchseewerk unter keinen Umständen eine Frage der Politik oder lediglich eine Angelegenheit der politischen Parteien sein darf. Diesem Problem kommt nur eine rein sachliche Beurteilung zu, und ich möchte wünschen, daß diese rein sachliche Beurteilung sowohl die Grundlage für das Pro wie auch für das Contra abgibt. Die Kritik an solchen Regierungsvorlagen ist notwendig; sie kann auch der Regierung nur erwünscht sein (Abg. Klaiber: Natürlich!), wenn sie sachlich ist (Abg. Hertle: Da haben wir recht gehabt!). Ich habe aber nicht den Eindruck, daß jemand im Hause ist, der das Schluchseeprojekt etwa kaputt machen will. In diesem Sinn hat sich auch kein einziger von den Abgeordneten, die hier gesprochen haben — ich weiß im Augenblick nicht, wie sich der Vertreter der äußersten Linken dazu geäußert hat (Abg. Ritter: Auch nichts dagegen!); er hat das also auch nicht getan — in diesem Sinne hat sich also niemand im Hause ausgesprochen. Der Vertreter der Deutschen Volkspartei hat sogar die Notwendigkeit von vielleicht schmerzlichen Eingriffen zugegeben, wenn wirtschaftliche Notwendigkeiten dies verlangen.

Trotzdem darf ein solches Riesenunternehmen nicht gegen, sondern nur mit der in Frage kommenden Bevölkerung zur Durchführung kommen. Die restlose Aufklärung der Bevölkerung im Schluchseegebiet seitens der berufenen Regierungsstellen ist wohl der Weg zum Vertrauen des Volkes, und das Ausräumen der hier schon wiederholt genannten Besorgnisse eine gute Tat. Je mehr das Vertrauen wächst, desto weniger werden die Gerüchte, wie sie der heutigen Interpellation zugrunde liegen, das Ohr der interessierten Kreise haben. Diese Basis des Vertrauens für das Badenwerk und im speziellen Falle für das Schluchseewerk kommt aber nicht von selbst. Herr Rudy war wohl nur das Sprachrohr irgend wie interessierter Kreise. Ihnen durch Gegenmaßnahmen in der Öffentlichkeit zu begegnen, sei es durch Vorträge draußen in den Bezirken, sei es meinetwegen auch durch Inanspruchnahme des Films — einer durchaus modernen Art der Propaganda — scheint mir nach den bisher gemachten Erfahrungen wirklich nicht überflüssig zu sein. Angriffe der heute zur Debatte stehenden Art würden draußen im Volk kaum so leicht geglaubt werden, wenn man im Schluchseegebiet besser über alle die Dinge, um die es sich handelt, informiert wäre, über Entwicklung, Lage usw. usw. Bisher hatten draußen im Bezirk — ich gebe das ohne weiteres zu — wohl in der Hauptsache die Gegner des Werkes das Wort. Die erwartete Denkschrift wird vielleicht in dieser Beziehung — wir hoffen und erwarten es — Aufklärung bringen. Würde sie aber in dem Sinne, wie ich mir erlaubt habe, es anzudeuten, noch ergänzt, dann würde sie namentlich auch in den Kreisen, die nicht technisch geschult sind, nicht technisch denken können, aber deswegen am ganzen Werk nicht weniger interessiert sind, so wäre das sicher erfolgversprechend. Sie würden sich zweifellos gerne einsetzen für das Problem, wenn sie das richtige Verständnis bekämen für die Notwendigkeit und Wichtigkeit desselben und getragen wären von der Überzeugung, daß die Durchführung dieses großen Werkes auch in ihrem Interesse liegt. Sie würden dann sicherlich sich lieber auf den Boden dieses großen Unternehmens stellen, als es zu bekämpfen (Beifall im Zentrum).

Finanzminister Dr. Köhler:

Ich habe heute morgen in eingehendem, mehrfach durch Zeugenaussagen und durch Urteile der Gerichte belegten Ausführungen den Nachweis versucht, daß „die Gerüchte, die nicht verstummen wollen", auf einer Grundlage beruhen, die mit der Wahrheit nichts zu tun hat. Ich hätte mindestens geglaubt, daß juristisch vorgebildete Mitglieder dieses Hauses daraufhin in der Lage wären, sich ein Urteil zu bilden. Wenn der Herr Abg. Ritter geredet hat, als ob ich überhaupt keine Ausführungen gemacht hätte, nun, so liegt diese Art, zu arbeiten, ihm etwas; ich werde darauf noch zurückkommen. Wenn aber der Herr Abg. Obkircher sagte, ob schuldig oder nicht schuldig, das könne er heute nicht entscheiden, obwohl, wie ich ausdrücklich dargelegt habe, in einigen Punkten sogar zwei Gerichte geurteilt haben, nachdem die Disziplinarbehörde, das ganze Kollegium des Finanzministeriums, nach eingehenden Untersuchungen zu dem mitgeteilten Ergebnis gekommen ist, nachdem der Staatsanwalt und der Herr Generalstaatsanwalt gesprochen haben, ja, dann weiß ich wirklich nicht, was wir noch tun sollen, um den Herrn Abg. Obkircher zu überzeugen (Abg. Heurich: Das ist nicht möglich! — Abg. Dr. Engler: Er kennt eben den Staatsanwalt — Heiterkeit).

Wenn alle Volksgenossen in einer solch eigenartigen Weise vorgehen wollten, dann wären wir eine zusammengefaßte Gesellschaft von Leuten, die einander überhaupt nicht mehr vertrauen. Oder sollte der Herr Abg. Obkircher zu der Annahme neigen, dem ganzen Finanzministerium, seinem gesam-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Finanzminister Dr. Köhler)

ten Kollegium, sei eben auch nicht zu glauben. Daß er dem Minister nicht glaubt, daß er dadurch zum Ausdruck gebracht, daß er sagte, das was der Herr Minister gesagt hat, ist recht gut und schön, ich aber muß zuerst die Akten sehen (Zwischenruf des Abg. Obkircher). Gewiß, Herr Abg. Obkircher; aber dann will ich dem Kommunisten Ritter keinen Vorwurf mehr machen, gar keinen, wenn er meine Darlegungen glatt ablehnt. Er hat nämlich nur gesagt, was Sie gedacht haben. Sie haben sie auch glatt abgelehnt und haben das in die gewundene Form gebracht: Schuldig oder nicht schuldig, wer wagts zu entscheiden (Abg. Obkircher: Das ist nicht richtig!). Wir müssen die Akten sehen!

Der Herr Abg. Ritter ging nun auf seine Art vor; Abg. Ritter hat die Sache so behandelt, als ob der Finanzminister überhaupt nicht gesprochen habe. Er hat die Vorwürfe des Herrn Rudy bei der Hand gehabt und hat sie eben einfach noch einmal vorgetragen. Ich zweifle gar nicht, daß, wenn ich den Versuch machen wollte, ihn zu widerlegen, er trotzdem die Dinge weiterhin vortragen würde. Er ist sich offenbar auch nicht klar darüber, ob er anerkennen will, daß die Regierung in der Lage oder willens ist, eine Sache richtig darzustellen (Abg. Schreck: Wir haben gegen diese Regierung das schärfste Mißtrauen! — Heiterkeit). Ja, das weiß ich (Abg. Schreck: Sehr begründet!). Was soll ich dazu sagen? Wenn ich hier klipp und klar darlege und den Nachweis liefere, daß in der Angelegenheit des Königsberger Überlandwerkes das Badenwerk tatsächlich keinen Pfennig an der Provision bezahlt hat, und wenn dann der Herr Abg. Ritter trotzdem sagt, das sei eine Schiebung, das Badenwerk habe eben doch die Provision bezahlt. Ich habe es in einem anderen Zusammenhang heute früh schon gesagt: Manche Zusammenhänge sind dem Gewährsmann des Herrn Abg. Ritter eben doch nicht so gut zugetragen worden, wie es notwendig gewesen wäre. Ich will es aber jetzt noch einmal sagen: Das Badenwerk hat in der Angelegenheit des Königsberger Überlandwerkes tatsächlich keinerlei Provision bezahlt.

Nun sagt der Herr Abg. Ritter, man sage, der Direktor Breitenstein sei ein Vetter des Herrn Dr. Helmle. Herr Dr. Helmle sagt, er sei kein Vetter von ihm (Heiterkeit). Ja, was soll man jetzt da machen? Der Herr Abg. Ritter glaubt es nicht, der Gewährsmann glaubt es auch nicht, dann müssen wir eben wahrscheinlich die respektiven Stammbäume erheben und sie, damits alle glauben, nicht uns zur Kenntnis bringen, sondern aktenmäßig vorlegen. Vorläufig und vor der Vorlage der Akten bitte ich aber, mir nun zu glauben, denn nach einer durchaus verbürgten Mitteilung des Herrn Direktor Dr. Helmle — hier sitzt er — steht er in keinerlei verwandtschaftlichem Verhältnis zu dem Direktor Breitenstein.

In der Affäre des Herrn Fabrikanten Freudenberg habe ich doch die Dinge sehr eingehend geschildert. Ich habe dies absichtlich getan, weil ich wußte, daß auch sie in den Couloirs umgehen. Ich will aber jetzt noch ein weiteres tun. Am 5. September 1923 notierte die badische Kohlenanleihe an der Frankfurter Börse 107 Millionen. 107, Herr Abg. Ritter. Am 6. September wurde die Kohlenanleihe nicht notiert. Trotzdem hat der Herr Direktor Dr. Helmle für das Geschäft am 6. September nicht den Kurs vom Tag vorher genommen von 107 Millionen, sondern er hat für die Abwicklung des Geschäftes 122 Millionen je t angenommen. Und wenn ich Ihnen nun sage: Den entsprechenden Gegenwert hat das Badenwerk am selben Tag erhalten — dann dürfen Sie mir das glauben, es steht auch in den Akten (Zuruf: Von wem?). Von der Badischen Bank! Damit waren Herr Freudenberg und das Badenwerk insofern wieder auseinander, als das letztere mit der Sache überhaupt nichts mehr zu tun hatte. Ich nehme an, daß über die Badische Bank im Augenblick noch keine „Gerüchte" umgehen, die „unfair" wären (Heiterkeit). Das kann aber vielleicht noch kommen. Ich kann also mit dem besten Willen nicht finden, daß das Badenwerk hier in irgendeiner Weise zu Nachteil gekommen wäre (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Die Badische Bank ist hereingefallen bei der Geschichte! — Abg. Ritter: Sie hat die Zeche bezahlt!). Die Badische Bank hat sich durch zwei Proz. Zins täglich zu schützen gesucht (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: „Gesucht", ja). Vielleicht ist der Herr Rudy so gütig und stellt den Herren Abschrift des Disziplinarerkenntnisses des Finanzministeriums zu. Darin sind die Dinge nämlich sehr schön auseinandergesetzt. In den 60 Seiten ist auf die Dinge sehr eingehend eingegangen (Abg. Dr. Engler: Damals hat man den Banken Wucherzinsen gegeben!). Gewiß, und heute bekommt die Badische Bank einen Vorwurf, weil sie nicht mehr wie zwei Proz. täglich gefordert hat (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Das ist ein Geschäft, wie es damals sehr oft leider während der Inflation gemacht worden ist!). Aber hier beim Badenwerk ist in der Sache festzustellen: Das Badenwerk hat nicht einmal einen Goldpfennig Verlust erlitten.

Aber nun darf ich dem doch noch eines anfügen. Der Herr Abg. Dr. Wolfhard hat die Sache Freudenberg sehr eingehend behandelt. Das Recht spreche ich ihm in keiner Weise ab. Er hat sich dann — worüber ich mich gefreut habe — sehr energisch auf den Standpunkt gestellt: Hier ist beim Badenwerk alles in Ordnung gegangen. Für uns war die Angelegenheit Freudenberg nur einer von den vielen Fällen; er darf sich aber durchaus versichert halten — er hat dies bisher nicht ausdrücklich zum Ausdruck gebracht —, daß auch an den anderen „Fällen" ebensowenig Zutreffendes ist, wie es bei dem Fall Freudenberg ist (Abg. Dr. Glockner: Ich zweifle nicht daran!). Ich danke Ihnen für die Zusicherung, Herr Abg. Dr. Glockner; es konnte aber den Anschein haben, als hätten Sie an den anderen Dingen weniger Interesse. Sie haben aus meinen Ausführungen hoffentlich entnommen, daß es dieselben unbewiesenen, unglaublichen Anwürfe sind, die man wahllos gegen jeden erhoben hat, von dem man glaubte, daß man ihm einen Fitzer verabreichen könnte.

Ich habe heute früh noch die Hoffnung gehabt, daß nach meinen Ausführungen die Gerüchte verstummen würden. Jetzt bin ich in dieser Hoffnung etwas schwankend geworden. Vielleicht verstummen die Gerüchte aber doch, wenn in der allernächsten Zeit die Akten dem Beschwerdeausschuß vorliegen. Aber wie ist es da wieder? Innerhalb weniger Tage noch ist die Möglichkeit gegeben, daß der betreffende Beamte Berufung an das Staatsministerium einlegt gegen die Entscheidung des Finanzministeriums. Ich habe das größte Interesse daran, daß die Sache möglichst rasch abgewickelt wird. Ich muß dann dem Staatsministerium natürlich auch die Akten vorlegen. Sie zwei Instanzen gleichzeitig vorzulegen, wird wohl nicht gut gehen. Ich möchte mich daher heute schon gegen den Vorwurf sichern, als hätte ich es nun wieder am guten Willen fehlen lassen, dem Landtage die Akten zu unterbreiten.

Nun ist gesagt worden, es seien in der Inflationszeit mancherlei Geschäfte gemacht worden, die nicht gerade schön gewesen seien. Ich will Ihnen hier in derselben Offenheit und Formulierung ein anderes sagen: Wenn der Landtag in der Inflationszeit die Kontrolle auf das Badenwerk in der Weise ausgeübt hätte, wie sie jetzt von der einen und anderen Seite gewünscht wird, dann wäre das Unternehmen wahrscheinlich ganz korrekt gelaufen, aber kaput gegangen. Ganz bestimmt!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Finanzminister Dr. Köhler)

Denken Sie sich in die Zeit hinein, wo Entscheidungen von der größten Wichtigkeit von einer Minute auf die andere zu fällen waren. Ich habe Ihnen, als ich heute früh sagte, die erste Verantwortung trägt der Finanzminister, keinerlei Verantwortung abnehmen wollen; aber auf eines darf ich dabei doch hinweisen: die Art der Verantwortung, die ein Minister zu tragen hat, ist eine andere, als die, die der Landtag zu tragen hat. Der Minister hat eine rein persönliche Verantwortung jeden Tag und jede Stunde und jede Minute in seinem Amt zu tragen. Sie können sich die Entscheidungen wählen, können sie hinausschieben, Ihre Verantwortung ist eine unpersönliche. Wie oft habe ich das im rein geschäftlichen erlebt. Ich habe vor einigen Jahren, in der Inflationszeit, einmal den Haushaltsausschuß um eine Entscheidung gefragt, als es sich darum handelte, ob wir die Entschädigung für die Kehler Bahn, die wir an die Franzosen zu zahlen hatten, sofort zahlen oder die uns angebotene Frist ausnützen sollen. Das war eine Kalkulationsfrage. Es waren sehr gewiegte Wirtschaftler im Landtag, diese führenden Herren und die führenden Fraktionen haben am Tische des Haushaltsausschusses große Erwägungen angestellt; wenn man es so macht, kann man Geld verlieren, — wenn man es so macht, kann man Geld gewinnen —, ob es recht ist, wenn man es so macht, wissen wir nicht. Da hat ein Mann aus der Opposition, der Herr Abg. Habermehl, dem grausamen Spiel dadurch ein Ende gemacht, daß er sagte: Verehrter Herr Minister, dafür haben wir Sie, daß Sie das Richtige machen und die Verantwortung dafür übernehmen. Ich habe sie übernommen (Zuruf: Sie würden aber nicht zur Verantwortung gezogen werden, wenn es fehl geschlagen wäre!). Mag sein. Ich wollte mit dem Beispiel sagen, Herr Abg. Mayer, die Art der Verantwortung des Ministers ist eine andere als die des Parlaments. Sie ist eine fortgesetzt aktiv wirkende, während das beim Landtag nicht der Fall ist.

Nun hat der Herr Abg. Obkircher davon gesprochen, daß im Aufsichtsrat nur Vertreter der Regierungsparteien seien, die anderen hätten keine Möglichkeit hineinzukommen. Ich kann dem Herrn Abg. Obkircher mitteilen, daß im Augenblick nur zwei Landtagsabgeordnete im Aufsichtsrat sind und das sind der Herr Abg. Dr. Engler und Maier-Heidelberg. Vorhin ist gelacht worden, als gesagt worden ist, es sei ein Vertreter der Landwirtschaft in dem Kollegium; das ist durchaus zutreffend; es ist Herr Generaldirektor Dr. Aengenheister, dem gewiß niemand absprechen wird, daß er von der Landwirtschaft einiges versteht (Sehr gut! beim Zentrum). Im übrigen warne ich dringend vor der Politisierung des Aufsichtsrates eines wirtschaftlichen Unternehmens des Staates. Das müßte der Untergang für dieses Unternehmen sein. Man kann eben diese wirtschaftlichen Vorgänge nicht nach politischen Gesichtspunkten lösen, man kann nicht in die Fraktion rennen und fragen, wie soll ich abstimmen; die Verantwortlichkeiten müssen persönlich getragen werden. Jetzt ist es so, daß der große Teil unserer Aufsichtsratsmitglieder Beamte sind; wir sind dabei nicht schlecht gefahren. Wir schauen sie nicht auf ihre politische Überzeugung an, sondern auf die Fähigkeiten, die sie für das Unternehmen haben. Die Beamten haben in der Inflationszeit bewiesen, daß sie die Dinge meistens mindestens so gut verstehen, wie die Politiker, die nicht immer in den Dingen drin stehen.

Und nun das Mitregieren des Landtages. Ich glaube, der Herr Abg. Ritter hat eine durchaus unklare Vorstellung von diesem Mitregieren. Stellt er sich vor — er hat es durch Zwischenruf nahegelegt —, daß eine Landtagskommission mit so und soviel Mark Tagegeld jeden Tag von 8—4 Uhr in irgend einem Zimmer des Badenwerks sitzt und sich von den Direktoren Vortrag erstatten läßt und die Entscheidungen trifft? (Abg. Ritter: Sie muß größere Vollmachten haben!). Ich kann mir in der Praxis nicht vorstellen, wie das gehen soll, ein Kollegium von Politikern, von Abgeordneten, das die Oberleitung des Badenwerks führen soll. Solche Forderungen sind letzten Endes doch alles nichts anderes als etwas merkwürdig verklausulierte Mißtrauenskundgebungen. Sage man doch offen heraus, man habe zu der Oberleitung, zu der Ressortleitung, nicht das Maß von Vertrauen, das notwendig ist, um die Dinge tragbar scheinen zu lassen. Nun, auch das werde ich hinnehmen müssen. Ich habe in den vergangenen Jahren mancherlei offene und versteckte Mißtrauenskundgebungen gegenüber meiner wirtschaftlichen Betätigung für den Staat hingenommen; ich freue mich, wenn ich später sehe, daß eine bessere Einsicht dem früheren Mißtrauen gewichen ist. Ich hoffe, daß wir in Buggingen Gelegenheit haben werden, am Samstag zu zeigen, was wir auf diesem Gebiete in den letzten Jahren geleistet haben. Ich erinnere mich noch gut, wie wir bei manchen Vorlagen für das Kaliwerk tagelang haben ringen müssen in dem Ausschuß und in kleinen Gremien, bis es soweit war. Sie müssen in Gottes Namen eben ein klein wenig Vertrauen zu denen haben, denen die Leitung übertragen ist.

Nun das Schluchseewerk. Der Herr Abg. Duffner hat gesagt, das Werk wolle niemand kaputt machen. Das ist allerdings richtig, denn es steht ja noch gar nicht. Aber sehr viele Leute wollen es nicht bauen lassen; deshalb wird das Projekt seit Jahren beerdigt. Es ist eigenartig und hängt mit unseren parlamentarischen Verhältnissen zusammen, daß man bestimmte Dinge immer wieder sagen muß. Der Landtag hat sich tatsächlich mit dem Schluchseewerk schon eingehend beschäftigt. Es war in diesem Saale vor 1½ Jahren eine Sitzung des Haushaltsausschusses — die älteren Mitglieder werden sich erinnern —, bei welcher die Pläne des ganzen Projektes aufgestellt waren. Es wurde damals kein Beschluß gefaßt, weil man annahm, daß die Sache nicht so eile. Wir haben die Dinge erläutert und auseinandergesetzt, und es sind auch entsprechende Fragen gestellt worden. Es geht also wirklich nicht im geheimen, Herr Abg. Obkircher. Zu meinem aufrichtigen Bedauern waren Sie zu jener Zeit nicht im Landtag, sonst hätten Sie heute mancherlei Ausführungen nicht machen können, weil sie Dinge betreffen, die damals schon klargestellt worden sind. Wir haben in Baden einen Elektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat, der die führenden Leute aus den Wirtschaftskreisen umfaßt, auch eine große Anzahl von Technikern. Auch diesem Kollegium haben wir im vorigen Jahre die ganzen Elektrizitätspläne und dabei natürlich auch das Schluchseeprojekt auseinandergesetzt. Wir fanden bei ihm grundsätzliche Zustimmung. Also es ist nicht so geheim gegangen und es ist nicht erst licht geworden, als die Marguerre-Denkschrift gekommen ist. Ich habe nichts dagegen, wenn der Landtag in seiner vollen Stärke sich in die Gegend des Schluchsees begibt und tagelang diese herrlichen Gebiete durchreist. Diese Tätigkeit würde auch auf anderen Gebieten eine recht angenehme Nebenwirkung haben. Sie könnten bei diesem Anlaß verschiedenes sehen; wir haben ein reines Staatsunternehmen in dieser Gegend, das auch einmal eine landständische Kontrolle ertragen könnte. Es ist die Staaatsbrauerei Rothaus (Große Heiterkeit). Ich bin auch vollständig, — ich will das zum x-tenmale sagen — damit einverstanden, daß alle irgendwie als notwendig erscheinenden Gutachten erhoben werden. Ich bin auch damit einverstanden, daß das Gutachten des Herrn Dr. Marguerre von seiten des

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Finanzminister Dr. **Köhler**)

Landtags die allergrößte Würdigung und Berücksichtigung erfährt. Uns aber, meine Herren, können Sie es doch nicht verübeln, daß auch wir zu diesem Gutachten unsere Meinung haben (Abg. Dr. Föhr: Sehr gut!); Sie werden uns nicht verübeln können, daß wir der Überzeugung sind: Wenn ein Mann um die Erweiterung seines Werkes, um die Erweiterung seines Großkraftwerkes kämpft, dann kann ihm die Erstellung eines Wasserkraftspitzenwerkes nicht einerlei sein — und das ist es, was ich mit meinen Worten zum Ausdruck bringen wollte! Wir sind doch alle miteinander Menschen; es ist doch ganz klar, daß auch dieser Direktor nicht gewissermaßen aus den Interessen und Gedankengängen herausfahren kann, die er im Augenblick zu vertreten hat und die ihn in Gegensatz zum Badenwerk gebracht haben.

Dieses Gutachten soll also auch berücksichtigt werden. Nur dagegen wehren wir uns, und zwar energisch, daß — der Herr Abg. Dr. Engler hat schon darauf hingewiesen — alle Intelligenz, alle Erfahrung, alle Wissenschaft und alle Kunst auf der Gegenseite vereinigt sein soll, während auf der Seite des Staates und des Badenwerks lauter unfähige Menschen stehen, die nicht über den Gartenzaun hinausschauen können (Zurufe — Gegenzurufe — Glocke des Präsidenten — Zuruf des Abg. Obkircher). Gewiß hat niemand das so wörtlich gesagt; aber es klingt so durch, wenn man immer und immer wieder ausspricht: Das, was Ihr macht, muß natürlich erst immer wieder durch x-Gutachten aller möglichen Leute durchgehechelt werden. Wenn diejenigen, die man heute so sehr belobt hat, die Abgeordneten des Jahres 1912, ebenso verfahren wären, dann stünde allerdings heute das Murgwerk noch nicht! Die Kammerverhandlungen jener Tage sind außerordentlich interessant; das gleiche gilt von dem Bericht des Herrn Abg. Rebmann. Aber der Herr Abg. Rebmann war keiner von denen, die keine Meinung gehabt haben und deren Auffassung etwa lediglich die Summe von so und soviel Gutachten dargestellt hätte. Damals war auch ein entschlossener Wille am Werk, der vorwärts trieb und ganz genau gewußt hat, was er wollte. So muß es eben auch heute sein! Wir können uns nicht alle möglichen Gutachten erstatten lassen — und dabei bis heute doch nicht wissen, was wir wollen. Die Gutachten müssen das Streben nach unserem Ziel unterstützen. Ich zweifle auch gar nicht daran, daß das der Fall sein wird. Nun brauchen Sie ja allerdings nicht die Sorge zu haben, daß sie sich etwa in 14 Tagen schon zu entscheiden hätten, obgleich ich Ihnen ruhig sagen kann — und hier tritt wieder der Unterschied zwischen Parlament und Wirtschaft in die Erscheinung —: Wenn die nötigen Gutachten vorliegen, dann nimmt man sich in der großen Privatwirtschaft nicht noch ein paar Monate lang Zeit, um zur Entscheidung zu gelangen. Ich habe beispielsweise selbst in der Kaliwirtschaft in Buggingen — wo es sich jetzt um Werte handelt, die bis zu 15 Millionen M. gehen, also um Werte, die sich in der Inflationszeit äußerlich ganz anders dargestellt haben — seit Jahren tatkräftig mitgearbeitet; ich kann Ihnen sagen: Wenn dort die nötigen Unterlagen und Gutachten vorhanden sind, dann fassen wir eben unsere Entschließung und nehmen die Verantwortung auf uns. Mit Gutachten allein wird das Schluchseewerk nicht gebaut.

Ich möchte Ihnen allerdings noch weiter sagen: Wir müssen eben jetzt auch das Schluchseewerk in den Fluß der gesamten großwirtschaftlichen Ereignisse hineinstellen. Heute wissen wir, daß das Reich, um der Erwerbslosigkeit von Grund aus zuleibe zu gehen, sogenannte Gesundungsinseln schaffen will: Es sollen also für einzelne Territorien innerhalb des deutschen Reiches in besonders großem Ausmaß besondere Mittel zur Verfügung gestellt werden und von diesen „Gesundungsinseln" aus soll die Sanierung der gesamten Wirtschaft erfolgen. Wenn wir nun mit der Reichsregierung seit Tagen darum ringen, daß auch Baden als ein solches Territorium erklärt werde, dann kann ich zur Begründung nicht mit ein paar Meliorationen kommen, wobei hier 5 Hektar und dort vielleicht 10 Hektar melioriert werden: da müssen wirklich zu Buch schlagende Werke und Ausführungen vorgeschlagen werden. Im Hinblick darauf waren wir der Meinung, daß die Elektrifizierung unserer Bahnen ein solches Werk wäre, das Zehntausenden von brotlosen Arbeitern wieder Verdienst schaffen könne. Wenn man nun dabei auch dem Gedanken nachgeht, daß hier — selbstverständlich, nachdem der Boden vollständig geebnet ist und die nötigen Voraussetzungen dazu geschaffen sind — vielleicht auch das Schluchseewerk einige tausend Arbeiter festhalten könnte, so ist das gewiß nichts so sehr Abwegiges; es ist etwas, über das man reden kann und über das man sich auch zu einem entschiedenen Entschluß aufraffen könnte — selbst dann, wenn man nicht noch ein paar Monate lang Zeit haben sollte, sich darüber klar zu werden.

Der Herr Abg. Obkircher hat sich in das Gutachten des Herrn Dr. Marguerre so eingehend eingearbeitet, daß er — wie ich seinen Ausführungen entnehmen konnte — in weitem Umfange selbst Einzelheiten daraus klarzulegen in der Lage ist, obwohl doch auch er, ebenso wie ich, nur als Laie in diesen Dingen spricht. Wenn nun am 14. Juli unser Obergutachter zu diesen Dingen Stellung nimmt und sein Obergutachten schriftlich niederlegt, wird es ihm wohl auch nicht sonderlich schwer fallen, dieses Obergutachten in verhältnismäßig kurzer Zeit gleichfalls durchzuarbeiten und zu verarbeiten. Deshalb möchte ich meinen, es müßten nicht noch einmal viele Monate verstreichen, bis wir uns in dieser Angelegenheit einigen können.

Dabei soll eines ausdrücklich festgestellt werden — und alle Landwirte sollen das wissen —, daß das, was sie im Schluchseegebiet für die Wässerung ihrer Wiesen durchaus brauchen, ihnen auch gegeben werden wird (Zuruf aus dem Zentrum: Es ist notwendig, daß man das sagt!). Es scheint, Herr Abgeordneter. Wir sind auch entschlossen, die Industrie so zu entschädigen, wie es dem Recht und der Billigkeit entspricht: „Recht und Billigkeit" — aber weiter nicht (Zuruf des Abg. Dr. Föhr). Das Schluchseewerk — das ein gemeinnütziges Werk des ganzen Landes darstellen wird — ist nicht dazu da, um irgend jemand ungemessene Gewinne in den Schoß zu jagen, sei es, wer es wolle; sei es Blumenstein in Berlin, der hinter der Papierfabrik in Neustadt steht, seien es andere Leute im Wutachtale. Da bin ich allerdings der Auffassung, daß die allgemeinen Interessen den privaten, den Interessen der einzelnen unbedingt weit vorangehen (Lebhaftes: Sehr richtig!).

Damit bin ich am Schlusse angelangt. Ich darf also nun bitten, in Ihrem Beschwerdeausschuß das Material, sobald wir es Ihnen geschickt haben, zu verarbeiten, damit endlich einmal an Hand der Akten die „Gerüchte" gründlich widerlegt werden. Ich persönlich hoffe schon von der heutigen Aussprache eine Beruhigung. Ich hoffe weiter, daß auch der zweite Punkt der Förmlichen Anfrage, bei dem es sich um das Schluchseewerk handelt, uns schon in der nächsten Zeit hier wieder mit dem Erfolg beschäftigen werde, auf daß wir dann auch in dieser Beziehung klarere Linien sehen und auf der beschrittenen Bahn entschlossen weiter schreiten.

Es ist dann in der Förmlichen Anfrage noch die Rede davon, daß „das Geschäftsgebaren des Badenwerks durch einen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Finanzminister Dr. Köhler)

kaufmännischen Sachverständigen und vereidigten Treuhänder" geprüft werden soll. Heute früh schon habe ich erklärt, daß auch in dieser Hinsicht alle Vorbereitungen getroffen sind; der Rechnungshof hat die Prüfung und zieht zu dieser Prüfung Fachleute mit heran.

Ich möchte deshalb meinen, daß die Atmosphäre des Mißtrauens gegen dieses Werk verschwinden sollte; denn es handelt sich, wie schon mehrfach betont, um ein Werk des badischen Volkes. Wenn es sich um ein privates Unternehmen handelte, dann meine Herren, lägen die Dinge auch hier im Landtag wohl wesentlich einfacher; dann würde es wahrscheinlich in weitem Umfang heißen: man darf nicht so hart kritisieren, sonst besteht die Gefahr, daß „das Werk das Land verläßt". Aber da es sich um ein staatliches Unternehmen handelt, glaubt man die Möglichkeit schärferen Eingreifens zu haben. Ich mache Sie aber darauf aufmerksam; wirtschaftliche Organismen reagieren viel schärfer auf gewisse Rippenstöße als es politische Organismen manchmal zu tun pflegen. Deshalb möchte ich dringend bitten: Bringen Sie mir keine Politik in das Badenwerk! betrachten Sie das Badenwerk und seine Organisation wie seine Geschäftsführung vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus und unter dem Gesichtspunkt, daß ein Werk in Frage kommt, das dem badischen Volke gehört (Beifall von mehreren Seiten).

Der Präsident gibt folgenden inzwischen eingekommenen

Antrag

bekannt:

„Wir beantragen, zur Untersuchung in Sachen Badenwerk einen Untersuchungsausschuß auf Grund des § 38 Abs. 2 der badischen Verfassung einzusetzen."

Ritter, Lechleiter, Schreck.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Besprechung wird geschlossen.

Das Schlußwort erhält

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Wenn ich den Verlauf der Aussprache überdenke, die wir heute gehabt haben, so bleibe ich auf meinem Urteil bestehen, daß es gut und nötig war, daß wir diese Anfrage eingereicht haben. Die Öffentlichkeit hat jetzt eine Unterlage und eine Handhabe, auf die sie zurückgreifen, an die sie sich halten kann, wenn sie jetzt diese Dinge bespricht, und braucht sich nicht zu befassen mit irgend welchen vagen Gerüchten oder dem, was man mehr oder minder deutlich herumsagt (Beifall bei der Bürgerlichen Vereinigung). Die Verhandlungen des heutigen Tages, in denen Rede und Gegenrede ausgiebig zum Wort gekommen sind, bieten Unterlagen und Handhaben (Abg. Klaiber: Ganz richtig!). Aber es ist auch das meine Meinung, was ich heute morgen schon zum Ausdruck gebracht habe, daß es gut gewesen wäre, wenn man im Finanzministerium auf meine bescheidene Vorstellung gehört und schon vor Wochen sich in der Weise spontan außerhalb der Tagesordnung geäußert hätte, wie es heute morgen der Herr Finanzminister getan hat — spontan außerhalb der Tagesordnung, wie ich es damals vorgeschlagen habe; es wäre uns, ich meine der Öffentlichkeit, dann heute manches Peinliche erspart geblieben. Der Herr Finanzminister hat ja allerdings gesagt, ich sei nicht zu ihm gekommen; aber er hat doch gewußt, daß ich in seinem Hause war, und ich weiß wirklich nicht, ob es eine so arge Entwürdigung des Herrn Finanzministers gewesen wäre, wenn er zu mir geschickt und gesagt hätte: „Herr Abgeordneter, kommen Sie doch einmal zu mir!" Er weiß doch, daß wir uns noch immer gut miteinander haben unterhalten können (Finanzminister Dr. Köhler: Gewiß! — Heiterkeit).

Aber auch eine andere Auffassung, die ich schon am letzten Freitag vorgetragen habe, hat sich mir bestätigt. Die Antwort des Herrn Finanzministers war — das werden Sie zugeben; er hat 65 oder 70 Minuten geredet — sehr weitschichtig und viel zu umfassend und inhaltsreich, als daß wir heute so aus dem Handgelenk mit ihr fertig werden können; wir mußten doch schließlich zuhören und konnten nicht nachschreiben.

Komme ich auf die Herren zurück, die in die Aussprache eingegriffen haben, so muß ich von allen den Gegnern — erlauben Sie mir das Wort, Herr Abg. Dr. Engler und Herr Abg. Büchner! — sagen, daß sie von einer irrtümlichen Auffassung ausgegangen sind. Sie haben diese irrtümliche Auffassung mit einer Zuversicht behauptet, als wären sie Ehrenmitglieder unserer Fraktion (Heiterkeit) und von uns zugezogen, wenn wir unsere Beratungen pflegen. Ich versichere Sie, daß wir — ich weiß ja nicht, wie es beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten ist —, wenn wir eine Förmliche Anfrage einreichen, überlegen, was wir dazu zu sagen haben; denn wir wissen, daß wir sie zu begründen haben. Und so haben wir uns auch diesen Fall ganz genau überlegt und jedenfalls ich. Und was seitdem dazu gekommen ist, ist folgendes — entschuldigen Sie, wenn ich Sie damit aufhalte! —: Erstens das Wort, das ich heute morgen vorausgeschickt habe — ich habe es ausdrücklich bezeichnet —, zweitens die beiden Episoden, von denen ich redete, und drittens die Bekanntmachung des Badenwerks am 3. Juli in den Zeitungen, über die ich einige kritische Bemerkungen machte. Das ist in der Zwischenzeit hinzugekommen. Es wäre nicht hinzugekommen, wenn der Herr Finanzminister unsere Förmliche Anfrage etwa schon Anfang Juni beantwortet hätte. Ich hätte dann damals 10 Minuten weniger, aber sonst genau dasselbe gesagt, wie heute.

Und hier ein Wort über den Finanzinspektor Rudy. Der Herr Finanzminister hat ihm von den 65 Minuten, die er gesprochen hat, volle 45 geschenkt oder gewidmet. Man darf wohl sagen, der Herr Finanzminister — und ich sehe das bis zu einem gewissen Grade mit Verständnis an — hatte sich darauf vorbereitet (Finanzminister Dr. Köhler: Ja!), daß er gerade über das Rudysche Vorbringen werde mit mir zu handeln haben. Ich meine, man hat es den Äußerungen des Herrn Kollegen Büchner und des Herrn Kollegen Dr. Engler deutlich angemerkt, wie mißvergnügt und ärgerlich sie darüber waren, daß ich dieses Objekt aus dem Horizont unserer Betrachtung heute hinausgerückt habe (Heiterkeit. — Zuruf des Abg. Dr. Engler). Hereingerückt hat es wieder der Herr Finanzminister (Finanzminister Dr. Köhler: Warum haben Sie es hinausgerückt?). Ich komme gleich darauf zu sprechen, Herr Finanzminister! (Zuruf von den Sozialdemokraten: Ausgewichen! — Zuruf des Abg. Ritter). Ich komme gleich darauf zu sprechen. Wenn Sie dem Gegner immer Schändliches und Schimpfliches unterstellen, so werden Sie ja wohl wissen, warum Sie diese Sinnesart haben!

Es ist selbstverständlich, daß Herr Rudy mir bekannt ist und daß ich auch persönlich mit ihm mehr als einmal — im allgemeinen aber sehr kurz und fragmentarisch — geredet habe. Auch meiner Fraktion habe ich ihn einmal vorgestellt, damit sie Gelegenheit habe, ihn kennen zu lernen und sich aus

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. Mayer-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

seinem persönlichen Vortrag ein Urteil zu bilden. Ich habe auch sehr viel Schriftliches von Herrn Rudy bekommen (Zurufe vom Zentrum und von der Sozialdemokratie — Glocke des Präsidenten). Ich habe aber nie versäumt, Herrn Rudy darauf aufmerksam zu machen, daß er an bestimmten Punkten immer Auffassungen wiedergibt, die eben nur subjektiv sind. Das mögen seine Eindrücke, das mögen seine Überzeugungen, das mögen seine Auffassungen und Urteile sein; es ist aber damit noch nicht gesagt, daß auch andere, die die Sache ansehen, zu dieser Auffassung kommen. Ich habe ihn darum darauf hingewiesen, daß er die Unterlage, auf die er sich stellt, nicht für allzu tragfähig ansehen wolle, nämlich nicht in dem Sinne für tragfähig, daß jeder andere Mensch sie auch für tragfähig ansieht. Er hat auf diese Warnungen, darf ich wohl sagen, nicht gehört. Wie er dagegen reagiert hat, darüber werde ich Ihnen nachher noch ein Wort erzählen. Er hat darauf nicht gehört. Er ist dadurch in ein Disziplinarverfahren — übrigens schon, bevor ich ihn kannte — verwickelt worden.

Und nun will ich darüber etwas sagen. Es hat ihn in diesem Disziplinarverfahren ein hartes Urteil getroffen. Ich nehme aber keinen Anstand, zu sagen, daß ich dieses Urteil — er ist nämlich entlassen ohne Ruhegehalt — daß ich dieses Disziplinarerkenntnis für das halte, was auch sonst wohl mal vorkommt, wenn Menschen ein Urteil sprechen: es ist ein Fehlurteil. Ich glaube nicht, daß die Sache damit erledigt ist. Die Akten werden ja doch geöffnet werden.

Über mich hat der Finanzinspektor Rudy in den letzten Wochen und Monaten mindestens ebensoviel Unfreundliches, Abweisendes, Tadelndes — ich will mich nicht anders ausdrücken — gesagt, wie über den Herrn Finanzminister (Abg. Klaiber: Ganz richtig!). Er hat mir ja nachgesagt, daß ich nicht einträte für einen Parteifreund, daß ich die richtigen Interessen nicht zu wahren wisse, daß ich zu feig, zu schwachmütig — was weiß ich alles — sei. So hat er seine Angelegenheit gerade bei meinen Freunden und bei meinen Gesinnungsgenossen betrieben. Sie sehen daraus, daß ich dem Herrn Finanzinspektor Rudy ganz objektiv gegenüberstehe (Sehr richtig! bei der Bürgerlichen Vereinigung).

Und nun komme ich zu der Sache selber (Zuruf des Abg. Ritter). Der Abg. Obkircher hat heute morgen eine weit und tief angelegte Kritik des Schluchseeprojekts hier vorgetragen. Das war eine Folge der Förmlichen Anfrage, und es war eine von uns vorausgesehene, also beabsichtigte und erwünschte Folge. Ich bin dem Herrn Abg. Obkircher insbesondere persönlich dafür dankbar, weil er mich durch das, was er vorgetragen hat, der Notwendigkeit überhoben hat, bei dem Schlußwort — auf das ich ja rechnen konnte — das vorzutragen, was nun er gebracht hat. Ich kann mich hier auf die eine Bemerkung beschränken, daß ich dem, was er gesagt hat, den Bedenken, die er hat, vollständig beistimme, und ich meine, sie sind im höchsten Maße erwägenswert.

Es handelt sich hier um ein großes Projekt, um ein Projekt von vielen, vielen Millionen — man rechnet zwischen 60 und 120 Millionen, und die Stimmen, die die größere Summe für die wahrscheinlichere halten, treten sehr bestimmt auf —, um ein Objekt, für das im letzten Grund doch schließlich das badische Volk irgendwie den Buckel hinzuhalten hat; und darum wird man über diese Dinge wohl reden dürfen, auch wenn es dem einen und dem anderen, der aus früheren amtlichen Verbindungen heraus für die Sache besonders eingenommen ist, nicht gefällt. Wir sind ja glücklicherweise doch noch nicht in Rußland (Abg. Schreck: Auf der badischen Gesundungsinsel — Heiterkeit — Glocke des Präsidenten).

Aber wenn wir so dem Schluchseeprojekt kritisch gegenüberstehen und dabei von nichts anderem Gebrauch machen als von dem guten Recht, das wir im allgemeinen — darf ich doch wohl sagen — als vernünftige Menschen haben und von der ernsten Pflicht, die wir als Abgeordnete erfüllen müssen, dann ist es ein Irrtum, zu meinen, daß wir deswegen Gegner des Badenwerkes wären, daß wir Gegner wären von dem Ausbau der Wasserkräfte, daß wir einseitig auch eingestellt wären auf Dampfkraftwerke, ich meine, ich habe mich — aber es kann ja heute morgen im Fluß der Rede auch von mir vergessen worden sein — ich meinte doch, mich deutlich genug ausgedrückt zu haben, daß wir in den Streit der Wasserkrafttechniker und Dampfkrafttechniker uns keineswegs einmischen wollen, denn nach der Stellung, die wir einnehmen, ist in dieser Frage immer entscheidend: Was ist das nützlichere, was ist das zweckmäßigere, was ist das erfolg- und ertragreichere? Wir sind nun einmal der Meinung bis jetzt und haben keinen Grund gehabt, von dieser Meinung abzuweichen, daß die Ausführung des Schluchseeprojekts viel zu teuer wird gegenüber dem, was davon zu erwarten ist. Ich komme mit einem Wort auf die Sache noch zurück.

Ich möchte nun aber doch, weil der Name des Direktors des Großkraftwerks Mannheim, Dr. Marguerre, wiederholt genannt worden ist, auch bezüglich dieses Herrn noch einiges sagen im Anschluß an das und in Ergänzung dessen, was der Abg. Dr. Wolfhard vorgetragen hat. Ich habe den Herrn Dr. Marguerre bis gestern persönlich gar nicht gekannt. Ich hatte mich gestern ohne mein Zutun seines Besuches zu erfreuen, und ich kann auf Grund der etwa einstündigen Unterhaltung, die wir gepflogen haben, feststellen, daß auch Herr Dr. Marguerre keineswegs ein Gegner von Wasserkraftbauten, auch keineswegs ein Gegner des Badenwerks, ja — wie er ausdrücklich gesagt hat — nicht einmal ein absoluter Gegner des Schluchseeprojektes ist (Hört! Hört!). Er hat durchaus kein persönliches Interesse der Eifersucht oder der Konkurrenz. Ihm ist sein Werk groß genug, und soweit es etwas ausdehnungsfähig oder ausdehnungsbedürftig ist, bringt er das schon fertig. Er hat in seiner Vergangenheit auch schon Wasserkraftwerke geleitet in Norwegen, wie er mir erzählt hat. Er ist auch bereit, wenn es der Landtag wünscht, eines Abends uns hier sein Gutachten zu erläutern und ich weiß nicht, ob nicht der Landtag gut daran täte, wenn er davon Gebrauch machte.

Herr Dr. Marguerre hat einen Namen, das gibt jeder zu, der in den Kreisen der Elektrotechniker bekannt ist. Er hat einen Namen, und Herr Dr. Marguerre wird wohl gewußt haben, was er tut, wenn er in den zwei gedruckten Veröffentlichungen, die wir von ihm haben, hier seinen guten wissenschaftlichen Namen der Öffentlichkeit gegenüber aufs Spiel setzt. Er wird gewußt haben, und ich meine, er weiß es und andere wissen das auch, daß er sich das erlauben und leisten konnte, denn sein Wort findet auch Gehör.

Ich gedenke bei dieser Gelegenheit früherer Unterhaltungen, die wir im Landtag gepflogen haben. Ich meine nicht die Darstellung, die uns einmal hier unten gegeben worden ist, sondern es war noch vorher und wird wohl im Haushaltsausschuß droben gewesen sein, als wir über die möglichen Projekte zur Benutzung badischer Wasserkräfte untereinander sprachen, und ich weiß, daß damals auch noch von anderen Projekten die Rede gewesen ist, wo es sich nicht um diese Wasser um den Feldberg herum gehandelt hat, sondern um die Wasser, die in der Brigach und in der Breg zusammenfließen und dann in der Donau zusammenkommen, im Zu-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. **Maier**-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

sammenhang mit der doch immerhin unleidigen Versickerung unterhalb Immendingen, und dann wiederum von den großen Kräften im Aachgebiet. Damals ist auch dort von allerlei Projekten geredet worden. Warum ich daran erinnere? Weil ich sagen möchte, es wird doch dieses Schluchseeprojekt nicht das einzig mögliche sein, wird es gar nicht sein. Dann soll man doch einmal herauskommen mit den verschiedenen Projekten, die möglich sind, und dann in einen Vergleich eintreten. Ich meine, die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues müßte auch einiges dazu beitragen können, um unsere Unterhaltung über diese Dinge weiter zu fördern.

Ich will wegen der weit ausgreifenden Pläne, die das Badenwerk in bezug auf das Schluchseewerk hat, sagen, daß Fachmänner ja erklären, das Badenwerk habe ein so großes Projekt im Auge, durch das so viele Strommengen erzeugt werden, daß das Badenwerk gar nicht wissen wird, wohin es überall seinen Strom absetzen wolle.

Und nun möchte ich eine ganz allgemeine Bemerkung machen und den Herren, die so lebhaft für das Schluchseeprojekt eintreten, zu erwägen geben. Ich habe den Eindruck, daß die Großartigkeit, die Großzügigkeit dieses Projekts — ich habe ja heute morgen selbst gesagt, daß es eine geistvolle Konzeption ist — ich glcube als Laie immerhin soviel beurteilen zu können, daß Sie von der Großartigkeit dieses Projekts wie in ein Fieber des Enthusiasmus hineingekommen sind, so daß die Nüchternheit der Erwägung und der Urteilsbildung dadurch etwas beeinträchtigt ist. Weil aber von der Elektrifizierung unserer badischen Bahnen die Rede ist, einer Sache, die ich ganz gewiß wünsche — ganz offen gesagt — auch von dem Gesichtspunkte des Naturfreundes aus, der sich immer ärgert, wenn sich Rauchfahnen neben den Wagen her lagern und ein Ausblick in das Land hinaus verhindern — von dem Gesichtspunkte der Gesundheit aus, der die Rauchbildung in den Tunnels nicht mag (Abg. Heurich: Sie möchten doch auch gesunde Wohnungen haben !). Herr Abg. Heurich, das gehört doch nicht daher. Wir reden doch jetzt von der Elektrifizierung der Eisenbahnen und Sie interessieren sich für die Kleinwohnungen, ein anderer wird sagen, ich interssiere mich für die Elektrifizierung der Eisenbahnen aus den technischen Problemen, die sich daraus ergeben, ein dritter wieder aus anderen Gründen und jetzt kommen Sie mit dieser Sache, das ist wirklich ein unangebrachter Einwurf und hier nicht am Platz. Ich wünsche natürlich auch, daß wir alle gesunde Wohnungen hätten und um einen Preis, der alle Menschen wieder in den Stand setzt, eine gesunde Wohnung zu bekommen. Nun hat in der Kundgebung, die neulich durch die Zeitungen ging wegen der Elektrifizierung der Bahnen, der Satz gestanden, daß in gleicher Ausführlichkeit wie in Bayern dafür gesorgt werden solle, daß auch in Baden die Bahnen elektrifiziert werden. Ich möchte energisch bitten, daß die Regierung ihr Augenmerk darauf lenkt. Es heißt dann, daß aber die Ausführung dieser Absicht bedingt sei durch die Frage der Energiestellung und durch die Frage der Geldbeschaffung. Dann aber heißt es weiter: Die Aussicht auf Klärung der letzten Frage — das ist die Geldbeschaffung — ist allerdings in Anbetracht der Finanzlage der deutschen Reichsbahn gegenwärtig gering. Also nicht daran, ob wir das Schluchseewerk haben oder nicht, sondern daran, ob wir Geld haben, wird die Sache scheitern. Ob man in Berlin so genau weiß, was das Schluchseewerk ist, davon bin ich nicht überzeugt (Finanzminister Dr. Köhler: Besser, als viele Leute in Baden! — Gegenzuruf: Da täuschen Sie sich!). Was aber die Elektrifizierung der Reichsbahn betrifft, habe ich mich in den Kreisen derer, die darüber reden können, auch unterrichtet und ich höre, daß dort keineswegs die Geneigtheit besteht, die Elektrifizierung der badischen Eisenbahnen ausschließlich abhängig zu machen von einem Werk, das im Süden in einer Ecke des Landes liegt. Deswegen habe ich die Bemerkung gemacht bezüglich ds Schluchseewerkes, weil wir gehört haben, daß der Herr Reichsverkehrsminister mit einer gewissen Vorbehaltlosigkeit das Schluchseewerk für das einzig Gegebene angenommen hat.

Komme ich im ganzen auf die Beantwortung zurück, die unsere Anfrage durch den Herrn Finanzminister erhalten hat, so muß ich sagen — ja wie soll ich mich ausdrükken, ohne ihm nahezutreten — ja, ich will es doch tun: die Beantwortung ist ihm nicht ganz geglückt. In dieser Antwort befindet sich eine große Anzahl von problematischen Sätzen, von Sätzen, über die wir verhandeln müßten, um zu einer Einigung zu kommen. Ich will zwei Dinge herausgreifen. Er hat das eine Mal von dem Badenwerk geredet, als einem rein staatlichen Unternehmen. Ich will das Wort nicht pressen, es ist nicht ganz richtig, es ist das Badenwerk rein staatlich insoweit, als die Aktien dem badischen Staate gehören, aber seine Betriebsform ist die einer Aktiengesellschaft, und insofern ist es nicht staatlich. Er hat mit begeisterten Worten darauf hingewiesen, was das für ein gutes und treffliches Werk sei, das so viele dunkle Gerüchte, so viel Kritik, so viel bösartige Anschuldigungen so trefflich aushalte ohne Schädigung. Daneben hat er aber auch gesagt, daß es durch unsere Anfrage geschädigt worden sei. (Zuruf: Das haben Sie auch gepreßt!) Ich bringe das beispielsweise vor. Andere Dinge sind noch wichtiger und bedeutsamer; da man sich in Kürze über eine so lange und programmatische Rede nicht verständigen kann, müssen wir uns vorbehalten, daß wir sie ihrer Bedeutung gemäß mit Aufmerksamkeit studieren, wenn sie gedruckt ist. Die Beantwortung der Fragen, die ich deutlich gestellt habe, ist einigermaßen deutlich nur da, wo es sich um die Frage handelte, ob das Badenwerk nach auswärts billigeren Strom angeboten habe, als es in Baden anbietet. Diese Frage glaubte der Herr Finanzminister bestimmt verneinen zu können.

Aber ganz anders hat sie doch der Herr Abg. Dr. Wolfhard beleuchtet und es scheint der Herr Abg. Dr. Wolfhard anders unterrichtet zu sein als der Herr Finanzminister, was ganz gut möglich ist, aber da stehen sich doch zwei Meinungen gegenüber und es müßte geprüft werden, was an der Sache ist.

Keine deutliche Antwort habe ich bekommen bezüglich der Frage, die wichtig ist und von der man sagen muß, daß sie auf ein Vorgehen weist, das einen eigentümlichen Eindruck macht, nämlich ob etwa doch die Vorarbeiten für das Schluchseewerk so weit vorgetrieben werden, daß man am Ende nicht anders kann und nun auf die Vorarbeiten die Ausführung folgen lassen muß. Es würde das nicht ganz mit den Zusagen stimmen, die uns immer wieder gegeben worden sind (Finanzminister Dr. Köhler: Sie ruhen vollständig jetzt!). Schön, sie ruhen. Und ziemlich beiseite gelassen wurde die nicht unwichtige Frage, ob das Badenwerk die Grundlage, die im Jahre 1912 geschaffen worden ist, — ich habe sie heute morgen charakterisiert — die Grundlage reiner Gemeinnützigkeit, fern von allen fiskalischen Absichten, nicht doch ziemlich verlassen habe.

Nicht einverstanden sind wir mit dem Vorschlag des Herrn Finanzministers bezüglich des Gutachters, den er hierher kommen lassen will. Ich habe gegen die Person des Herrn

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe [Bürgerl. Ver.])

Direktors Block, der die Berliner Elektrizitätswerke leitet, gewiß nichts einzuwenden, ich höre, daß der Herr in Baden nicht unbekannt ist, daß er in einer früheren Zeit als rechte Hand des Reichskommissärs Dr. Peters ein Gutachten für die Kanalisierung des Neckars erstattet hat zugunsten der Kanalisierung — neuerdings sei er anderer Meinung geworden — ich bin aber der Meinung, daß es vielmehr ein kleines Gutachterschiedsgericht sein müßte, das notwendig ist, bei der der eine Schiedsrichter von der Regierung ernannt wird, über den anderen Schiedsrichter würde der Landtag sich einigen können. Die beiden zusammen würden, wie das Gepflogenheit ist, einen Dritten ernennen und dann könnte aus ihrem Zusammenwirken ein Gutachten hervorgehen.

Zum Schlusse: ich habe von dem, was ich heute morgen gesagt habe, nicht nötig gehabt, etwas abzustreichen, ich hatte nur noch einiges hinzuzusetzen und will das damit getan haben und damit fertig sein. Es wäre noch manches zu sagen, es wird dazu Zeit und Gelegenheit kommen. Ich hätte nur eine Mahnung, sei es an die Regierung, sei es an die Direktion des Badenwerks. Man möge ein Ende machen endlich einmal mit zweierlei: erstens ein Ende machen mit der Geheimniskrämerei und zweitens mit einer gewissen Gleichgültigkeit und Unbekümmertheit, ein Ende machen mit der Auffassung, als seien das Dinge, die in der Verschwiegenheit des Direktoriums des Badenwerkes beruhen können und dann plötzlich wie Minerva aus dem Haupte des Zeus heraustreten, um das badische Volk zu beglücken. So einfach liegen die Dinge nicht. Ich habe gesagt, es handelt sich um ein Objekt, das das badische Volk zu tragen hat. Auch damit möchten sich die Herren nicht zufrieden geben und beruhigen, daß sie darauf rechnen können, daß die beiden regierenden Parteien hinter ihnen stehen. Das badische Volk ist mit diesen Parteien nicht erschöpft, zu dem gehört mehr. Es müßte ihr Wunsch selbst sein, daß sie das Vertrauen des ganzen Landes und die Zustimmung des ganzen Landes haben. Darum sage ich, es war gut, daß wir zu dieser Aussprache gekommen sind und es ist richtig, daß wir sie veranlaßt haben. Es handelt sich um keine kleine Sache, sondern um eine Sache von 100 und mehr Millionen und um ein Objekt, für das als letztes das badische Volk den Buckel hinhalten muß (Beifall).

Zu einer Erklärung erhält das Wort

Abg. **Ritter** (Komm. P.):

Ich will nur kurz folgendes erklären und feststellen, daß der Herr Finanzminister auf 3 Fragen keine Antwort gegeben hat, erstens auf die Frage, kann ein Beamter, der nicht im Vertragsverhältnis gestanden hat, 15 000 M. Abfindung erhalten, zweitens sind im Badenwerk an höhere Beamte Gratifikationen von 3000 M. aufwärts bezahlt worden und drittens, sind in der Inflation Vorschüsse gegeben worden, nicht auf Gehalt und auf Spesen, sondern Vorschüsse, die retour bezahlt werden: (Finanzminister Dr. Köhler: Nicht auf Gehalt und Spesen!). Darlehen, die sehr lange später zurückbezahlt worden sind, als das Geld entwertet war. Auf diese Fragen hat der Herr Finanzminister keine Antwort gegeben. Wir müssen annehmen, daß sie der Wahrheit entsprechen, wie ich sie vorgebracht habe (Finanzminister Dr. Köhler: Soll ich das Disziplinarerkenntnis bringen? Da steht es drin!).

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Wir haben abzustimmen über den Antrag Ritter-Lechleiter-Schreck. Der Antrag lautet:

„Wir beantragen, zur Untersuchung in Sachen Badenwerk einen Untersuchungsausschuß auf Grund des § 38 Abs. 2 der badischen Verfassung einzusetzen.

Der § 38 Absatz 2 der badischen Verfassung besagt:

Der Landtag hat das Recht und auf Verlangen von einem Fünftel seiner Mitglieder die Pflicht, Ausschüsse zur Untersuchung von Tatsachen einzusetzen, wenn die Gesetzlichkeit oder Lauterkeit von Regierungshandlungen angezweifelt wird. Diese Ausschüsse erheben in öffentlicher Verhandlung die Beweise, die sie oder die Antragsteller für erforderlich erachten. Alle Gerichte und Verwaltungsbehörden sind verpflichtet, dem Ersuchen dieser Ausschüsse um Beweiserhebung Folge zu leisten. Alle behördlichen Akten sind diesen Ausschüssen auf Verlangen vorzulegen.

Nach § 45 unserer Geschäftsordnung können Anträge, die im Anschluß an die Besprechung einer Förmlichen Anfrage gestellt wurden, nur unter der Voraussetzung sofort zur Abstimmung gestellt werden, daß kein Mitglied des Landtages widerspricht. Man kann jedoch im Zweifel darüber sein, ob diese Bestimmung der Geschäftsordnung auch auf den vorliegenden Fall Anwendung zu finden habe, weil der Antrag Ritter und Gen. schon vor der Erledigung der Förmlichen Anfrage eingebracht wurde und weil er sich als ein selbständiger Antrag im Sinne des § 38 Absatz 2 unserer Verfassung darstellt. Aber ich will doch die Bestimmung der Geschäftsordnung ganz streng auslegen und deshalb an das Haus die Anfrage stellen, ob jemand der sofortigen Abstimmung widerspricht (Rufe von verschiedenen Seiten: Nein!). Das ist nicht der Fall, es kann also sofort über den Antrag Ritter-Lechleiter-Schreck abgestimmt werden. Zu seiner Annahme ist die Zustimmung von mindestens 15 Abgeordneten notwendig.

Der Landtag zählt zurzeit — nach dem Tode des Herrn Kollegen Goerlacher und bevor die Feststellung der Nachfolgerschaft erledigt ist — 71 Abgeordnete; „ein Fünftel seiner Mitglieder" wird durch die Zahl 14,4 angegeben, das sind also 15 Abgeordnete (Rufe links: 14,4 ist doch 14!). Man kann darüber streiten, ob man wegen des Bruchteiles herauf- oder heruntersetzt, ob man auf- oder abrundet. Wir wollen die Sache nach oben runden und wollen 15 annehmen.

Zu einer Erklärung zur Abstimmung erhalten das Wort

Abg. D. **Mayer**-Karlsruhe (Bürgerl. Ver.):

Wir sind gegen parlamentarische Untersuchungsausschüsse überhaupt (Lachen bei den Kommunisten und Ruf: Das glaube ich!), weil wir die Beobachtung gemacht haben, daß durch Ausschüsse dieser Art eine Angelegenheit eher verschleppt und verdunkelt, als zum Ziel gebracht und aufgehellt wird. In diesem Falle aber halten wir die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses noch aus einem ganz besonderen Grunde für etwas der Sache nicht Entsprechendes: der Haushaltsausschuß wird ja, darüber besteht gar kein Zweifel, ohnehin die Angelegenheit in die Hand bekommen und sich dann mit ihr befassen müssen. Ich meine, diese Erklärung genügt zur Begründung, wenn wir jetzt gegen den Antrag stimmen.

Abg. **Obkircher** (D. Vp.):

Wir werden ebenfalls gegen den Antrag stimmen, weil wir ja Gelegenheit haben werden, in einem der ständigen Ausschüsse — sei es nun im Beschwerdeausschuß, sei es im Haus-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

(Abg. **Obkircher** [D. Vp.])

haltsausschuß — nach Akteneinsicht uns den nötigen Aufschluß zu verschaffen und weil nach unserer Auffassung damit dem Bedürfnis genügt ist.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird der Antrag der Abg. Ritter, Lechleiter, Schreck mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt.

Die erforderliche Mindestanzahl von 15 Abgeordneten ist also nicht erreicht.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Nunmehr schlage ich Ihnen vor, die nächste Sitzung anzusetzen auf morgen früh 9 Uhr; die Einladungen sind ja bereits ergangen.

Als ersten Punkt der Tagesordnung würde ich vorschlagen die zweite Lesung des Grund- und Gewerbesteuergesetzes; als zweiten Punkt die Förmliche Anfrage Bauer und Gen., betreffend den Film Panzerkreuzer Potemkin.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Abg. Dr. **Engler** (Sozdem.):

In der 24. Sitzung vom 17. März d. J. habe ich gelegentlich der Debatte über die Fürstenabfindung Ausführungen gemacht, die den Zweck hatten, die Sonderstellung klar zu stellen, welche die Fürsten im alten Staat eingenommen haben. Ich habe darauf hingewiesen, daß sie nicht militärpflichtig waren und sogar das Recht hatten, im Ausland Soldat zu sein, ohne deshalb im Inland irgend welche Rechte zu verlieren. Bei diesen Ausführungen habe ich auf die fürstliche Familie von Leiningen bezug genommen und gesagt, daß Mitglieder dieser Familie in englischen Diensten gestanden sind und daß ein Mitglied dieser Familie bei Ausbruch des Krieges aus englischen Diensten ausgeschieden sei.

Ich werde nun von der Fürstlichen Leiningenschen Verwaltung darauf aufmerksam gemacht, daß das nicht richtig sei; wohl sei früher einmal ein Mitglied der Leiningenschen Familie in englischen Diensten gestanden — seit Bestehen des neuen Deutschen Reiches aber sei von dieser Familie niemand mehr in englischen Diensten gewesen; während des Krieges hätten drei Mitglieder der fürstlichen Familie auf deutscher Seite im Feld gestanden.

Ich stelle das richtig und bemerke, daß die Hauptsache, die ich damals treffen wollte, die Stellung der Fürsten, nicht tangiert wird. Die Ausführungen über die Fürstlich-Leiningensche Familie stützten sich auf Angaben, die ich gelesen hatte.

Seinerzeit, als im badischen Landtag über eine Änderung der badischen Verfassung abgestimmt wurde, nach welcher die Bevölkerung das direkte Wahlrecht erhielt, war von einem Leiningen die Rede, der eigens aus ausländischen Diensten hierher gekommen sei, um abzustimmen; damals wurde von „englischen Diensten" geredet (Abg. D. Mayer-Karlsruhe: Ein Stiefbruder der Königin Viktoria war das! Damit hängt die Sache zusammen!). Ich wollte nur sagen, auf Grund welcher Äußerungen ich meine Ausführung gemacht hatte; es war also damals von einem Leiningen die Rede. Der Herr Abg. Dr. Glockner sagt mir, das sei ein Graf Leiningen-Neudenau gewesen, der damals abgestimmt habe.

Es lag also hier ein Irrtum auf meiner Seite vor, den ich hiermit richtig stelle.

Präsident Dr. **Baumgartner**:

Die Angelegenheit ist damit erledigt, und ich schließe nunmehr die Sitzung.

Schluß der Sitzung nach 7 Uhr.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	2381/2423
Besprechung der Förmlichen Anfrage der Abg. D. Mayer u. Gen., das Badenwerk betr.	
Abg. Ritter	2381
„ Dr. Wolfhard	2392
„ Dr. Engler	2399
„ Fischer-Unterlauchringen	2410
„ Duffner	2414
Finanzminister Dr. Köhler	2416
Schlußwort	
Abg. D. Mayer	2423
Erklärung	
Abg. Ritter	2429
Präsident Dr. Baumgartner	2429
Erklärung zur Abstimmung	
Abg. D. Mayer	2430
„ Obkircher	2430
Abstimmung	2431
Persönliche Bemerkung	
Abg. Dr Engler	2431

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg